

16/116

Krieg verhüten – Sicherheit gewährleisten – Frieden fördern

Materialien zu grüner Friedens- und Sicherheitspolitik

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Bundestagsfraktion

Impressum

Herausgeberin	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin www.gruene-bundestag.de
Verantwortlich	Winfried Nachtwei MdB Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Platz der Republik 1 11011 Berlin E-Mail: winfried.nachtwei@bundestag.de
Redaktion	Marcus Meyer, studentischer Mitarbeiter Dr. Anja Seiffert, wissenschaftliche Mitarbeiterin
Bezug	Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion Info-Dienst Platz der Republik 1 11011 Berlin Fax: 030 / 227 56566 E-Mail: versand@gruene-bundestag.de
Schutzgebühr	€ 1,00
Redaktionsschluss	März 2008

Inhalt

Krieg verhüten – Sicherheit gewährleisten – Frieden fördern. Materialien zu grüner Friedens- und Sicherheitspolitik.

Vorwort.....	3
Pazifismus in der politischen Praxis	4
Viel beschworen, wenig bekannt: Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenkonsolidierung.....	17
Auslandseinsätze der Bundeswehr: Anmerkungen zu einer Zwischenbilanz.....	37
Vorschläge zur Aufarbeitung des Kosovo-Krieges und der deutschen Beteiligung daran	46

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 7. und 8. März 2008 findet in Berlin der Friedenspolitische Kongress von Bündnis 90/Die Grünen statt. Die Friedens- und sicherheitspolitische Kommission der Partei hat dazu einen Diskussionsbeitrag vorgelegt, der auf der Homepage von Bündnis90/Die Grünen www.gruene.de zu finden ist.

Mit den Beiträgen dieser Broschüre sollen Ergänzungen und Vertiefungen zu den Themen gebracht werden, die besonders strittig bzw. zu wenig bekannt sind.

Die Aufsätze zu Pazifismus + grüner Friedenspolitik und zur Bilanz des Kosovo-Krieges stammen aus den Jahren 2006 bzw. 2000/2001; die Beiträge zur Zivilen Krisenprävention und zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr wurden für den Friedenskongress aktualisiert. Sie sind zugleich Materialien zu den entsprechenden Workshops. Da die Texte Stationen eines politischen Erfahrungs- und Lernprozesses sind, bin ich an Kommentaren und Kritiken sehr interessiert.

Ich wünsche ein gutes Lesen!

Winfried Nachtwei

Pazifismus in der politischen Praxis

Kontinuitäten, Wandel, Brüche grüner Friedens- und Sicherheitspolitik¹

Winfried Nachtwei MdB

Sprecher für Sicherheit und Abrüstung

Lässt man die Geschichte der bundesdeutschen Grünen und von Bündnis 90/Die Grünen Revue passieren, dann wird deutlich: Die Grünen stehen exemplarisch für eine Auseinandersetzung um Pazifismus und Friedensverantwortung in der Politik, die weit über die Kreise dieser kleinen Partei hinausging, eine ganze politische Generation in Deutschland vor und nach Ende des Ost-West-Konfliktes aufwühlte und die bis heute nicht beendet ist. Als Aktiver der Friedensbewegung in den 80er und 90er Jahren und Gründungsmitglied der Grünen habe ich die Kontroverse miterlebt und mitgeführt: viele Jahre außerparlamentarisch, vier Jahre in der parlamentarischen Opposition, sieben Jahre in der Regierungsmitverantwortung der rotgrünen Koalition.

Unter der rotgrünen Koalition 1998 bis 2005 erreichten nicht nur die Auslandseinsätze der Bundeswehr eine Ausweitung, wie sie vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Rot-Grün beschloss auch die erstmalige Teilnahme eines demokratischen Deutschland an zwei Kriegseinsätzen – dem Kosovo-Luftkrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und den Einsatz von bis zu 100 Spezialeinheiten an der Anti-Terror-Operation »Enduring Freedom« in Afghanistan. Der Bedeutungszuwachs des Militärs in der operativen deutschen Außenpolitik kontrastierte scharf zur bisherigen Programmatik einer Partei, die eine ihrer Wurzeln in der Friedensbewegung der 80er Jahre hat. Er stand im Gegensatz zu den Einstellungen eines Großteils des »grün« orientierten Spektrums, die geprägt waren von der Absage an Rüstung, Militär und Gewalt in der Außenpolitik und wo die Männer in der Regel den Militärdienst verweigert hatten. Der Gegensatz konnte kaum größer sein: erst fundamental und engagiert für Gewalt und Militärfreiheit, dann maßgeblich an der Legitimation und Beschlussfassung von Militäreinsätzen beteiligt. Was die einen als Wandlung von der Protest zur Gestaltungspartei und zur Regierungsfähigkeit werteten, erschien anderen als Prinzipienverrat um des Machterhalts willen, als Sieg von Machtopportunismus über Moral.

Der Verratsvorwurf ist so einfach wie verkürzt. Er erhebt machtpolitische Interessen und Opportunismen, die unzweifelhaft auch eine Rolle gespielt haben, zum alleinigen Moment. Er unterschlägt die in den 90er Jahren auftretenden neuen friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Erfahrungs- und Lernprozesse, die wachsende Teile der Grünen, der Friedensbewegten, der Friedensforschung und der gesamten Gesellschaft vor allem im Kontext der Balkankriege durchmachten.

1. Begriff und Bild des Pazifismus

Der österreichische Schriftsteller, Pazifist und Friedensnobelpreisträger, Alfred H. Fried, beklagte 1918: »Was wird heute nicht alles als Pazifismus bezeichnet«. Auch

¹ Erschienen als: Pazifismus zwischen Ideal und politischer Realität, in: Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis, hrsg. v. Barbara Bleisch und Jean-Daniel Strub, Bern 2006.

mehr als hundert Jahre nachdem der Begriff des »Pazifismus« erstmals in der Öffentlichkeit auftauchte, ist das in der Gesellschaft und Politik verbreitete Verständnis von Pazifismus nicht eindeutig. Dies zeigte nicht zuletzt Anfang 2002 die öffentliche Auseinandersetzung über die politischen Pazifismus Thesen des damaligen bündnisgrünen Staatsministers im Auswärtigen Amt, Ludger Volmer.²

Öffentlich im Vordergrund steht zumeist ein enger und radikaler Begriff von Pazifismus. Dieser wird reduziert auf Gewaltfreiheit als strikte Absage an Gewalt und Militär. Der enge Pazifismusbegriff entspricht der totalen Kriegsdienstverweigerung als einer religiös bzw. ethisch begründeten und fundamentalen Verweigerung jeder Gewaltanwendung und Kriegsunterstützung. Dieser »Gesinnungspazifismus« ist nicht nur als Einstellung verbreitet. Er ist zum nicht geringen Teil auch eine Projektion und Verallgemeinerung durch Nicht-Pazifisten. Im Vorwurf »der Pazifismus der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht« und in der Denunzierung des Pazifismus als ein vom Klassenstandpunkt abweichendes bürgerliches »Streben nach Frieden um jeden Preis« waren sich Konservative und Realsozialisten einig. Indem Pazifismus nur in dieser reduzierten Form wahrgenommen wird, kann er leichter als »ehrenwert, aber politikunfähig« abgetan und damit aus dem politischen Diskurs ausgegrenzt werden. Vor dem Hintergrund der Gewaltkonflikte der letzten fünfzehn Jahre und dem Sichtbarkeitsverlust der Friedensbewegung wird dann vorschnell vom »Ende des Pazifismus« geredet.

Pazifismus erschöpft sich demgegenüber nicht in der persönlichen Absage an Gewalt und Militär. Er ist keineswegs nur als Tatenlosigkeit oder Wehrlosigkeit zu verstehen, sondern wirkt aktiv mit gewaltfreien Mitteln für die Überwindung von Gewalt und Gewaltverhältnissen. Hier ist Gewaltfreiheit individuelle Verhaltensnorm. Diese Verhaltensnorm in jeder Lebenssituation bis zum Ende durchzuhalten erfordert die Bereitschaft, Nachteile, Opfer und Leiden in Kauf zu nehmen, ja im Extremfall auch das Leben zu riskieren. Er geht daher häufig auch einher mit Zivilcourage und der Entschlossenheit zum Handeln.

Zu einem politischen Phänomen wird der Pazifismus dann, wenn er aus der individuellen Gesinnungssphäre heraustritt, zu einer programmatischen Verhaltensnorm wird und den Verzicht auf Krieg und Gewalt als gesellschaftliches und politisches Ziel einfordert. Der »ursächliche« Pazifismus (Fried), der seine Wurzeln im Humanismus und Liberalismus hat, setzt prozesshaft auf zivile, d.h. politische, humanitäre und rechtliche Instrumentarien zur Eindämmung und Überwindung des Krieges. Dabei hat er vor allem die Staaten und die Staatenwelt im Blick. Im Prozess der Zivilisierung gehen eine allgemein anerkannte internationale Rechtsordnung, Gewaltverzicht, Gewaltmonopol und Schutzverantwortung Hand in Hand. Dieser Prozess der Entmilitarisierung, Verrechtlichung und Zivilisierung der innerstaatlichen und internationalen Beziehungen gehört auch heute noch zum Leitbild und Leitauftrag einer Friedenspolitik, der sich die Bündnisgrünen verpflichtet fühlen.

Der politische Pazifismus findet dort enge Grenzen, wo die Akteure unmittelbar über den Einsatz von Gewalt zu entscheiden haben. Eine Regierungspartei, die im Gegensatz zu Oppositionsparteien und nichtstaatlichen Akteuren eine verfassungsrechtliche Schutzpflicht gegenüber den Staatsbürgern hat und Mitverantwortung für Militär und das staatliche Gewaltmonopol trägt, kann durchaus beanspruchen, sich

² Die Debatte ist nachzulesen unter www.unikassel.de/fb5/frieden/themen/Pazifismus/Debatte/Welcome.html (letzter Zugriff: 16. März 2006).

für pazifistische Leitbilder und Visionen zu engagieren. Sie kann aber nicht beanspruchen, eine radikalpazifistische Politik zu betreiben. Dies gilt umso mehr, wenn sie den Einsatz von Militär und Gewaltanwendung nicht ausschließt oder ihnen gar zugestimmt hat. Wer den Versuch unternimmt, Krieg als eine besondere Form des politischen Pazifismus umzudefinieren, führt den Begriff ad absurdum. Letztendlich bleibt die Frage, ob und wenn ja unter welchen Bedingungen, ein stark reglementierter Rückgriff auf Militär unter Umständen nicht das kleinere Übel und damit in gewaltträchtigen Konflikten eine von mehreren Optionen auf dem Weg zum Frieden, zur Gewalteinämmung oder Gewaltverhütung sein kann.

2. Ausgangspositionen

Bereits die deutsche Friedensbewegung der 80er Jahre war eine heterogene soziale Bewegung. Geeint im Protest gegen die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen im Rahmen der NATO »Nachrüstung« begannen die Differenzen schon bei der Einschätzung der Raketenrüstung der Sowjetunion. Was der blockunabhängige Teil der Friedensbewegung als gleichermaßen verwerflich wertete, legitimierte ein Teil der Friedensbewegung als berechtigte Nach-Nachrüstung. Der Streit um den »Minimalkonsens« und die Wortführerschaft in der Friedensbewegung hält bis heute an. Die Friedensbewegung war zuerst und vor allem eine Anti-Raketenbewegung, nur zum Teil eine auf umfassende Friedenspolitik hin orientierte Bewegung und nur zum geringeren Teil eine Bewegung für strikte Gewaltfreiheit. Für nicht wenige Anhänger der Friedensbewegung der 80er Jahre war Gewalt im Kontext von Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« legitim und für die allermeisten war die militärische Bekämpfung von Nazi-Deutschland selbstverständlich. Dass von Deutschland nie wieder Krieg ausgehen dürfe, war allgemeiner Konsens. Wo angesichts der riesigen Atomwaffenarsenale in Ost und West Krieg nur noch als globale Endzeit vorstellbar und damit undenkbar war, blieben die sehr unterschiedlichen Einstellungen zu Militär, Krieg und Gewaltfreiheit in der Friedensbewegung aber weitgehend undiskutiert nebeneinander stehen.

Bei der Anhängerschaft der Grünen war die Spannweite der Einstellungen zu Krieg, Militär und Gewaltfreiheit viel weniger breit, aber keineswegs ausschließlich auf Gewaltfreiheit orientiert. Eingebettet in ein Verständnis umfassender Friedenspolitik war die programmatische Position eindeutig und kategorisch: »Ökologische Außenpolitik ist gewaltfreie Politik. [...] Friedenspolitik ist gegen alle Formen der Aggression, des Militarismus nach innen und außen, des Wettrüstens und des Rüstungswahns gerichtet und orientiert auf friedliches und solidarisches Zusammenleben der Menschen. [...] Gewaltfreiheit bedeutet nicht Kapitulation, sondern Sicherung des Friedens und des Lebens mit politischen Mitteln statt mit militärischen und durch soziale Verteidigung.«³

1990 traten die Grünen in ihre Wahlprogramm für »eine Welt ohne Militärblöcke und eine Gesellschaft ohne Waffen und Armeen« ein, für eine

»Strategie einseitiger Abrüstungsschritte und für eine vollständige Konversion der Rüstungsproduktion [...] und für die Entwicklung von Formen nichtmili-

³ Die Grünen, 1980, 19.

tärischer Sicherheit und gewaltfreien Konfliktaustrags [...]. Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann.«⁴

Im Wahlprogramm von 1994 betonen die Grünen die unteilbaren Menschenrechte, friedliche Konfliktbearbeitung und vorbeugende Konfliktvermeidung, machtpolitische

Selbstbeschränkung und radikale Abrüstung sowie den weltweiten ökologischsolidarischen

Interessenausgleich als Leitgedanken ihrer Außenpolitik.

»Eine Beteiligung der Bundeswehr an UNO-Blauhelmissionen lehnen wir weiterhin ab. [...]Wir wissen, dass die Bundeswehr [...] nicht von heute auf morgen aufzulösen ist. Ihre Abschaffung ist ein Prozess der Abrüstung und Konversion, der politisch und gesellschaftlich schrittweise umgesetzt werden muss. Deshalb fordern wir die Umwidmung des ›Verteidigungsetats‹ im Bundeshaushalt zu einem Konversionsetat.« Diese Mittel seien »für die Konversion der Rüstungsindustrie, den Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes, die Unterstützung von Friedensforschung und Friedensarbeit vor Ort sowie für die Unterstützung von Konzepten der Sozialen Verteidigung zu verwenden.«⁵

3. Neue Erfahrungen

Große Konflikte und neue Konstellationen stellten Pazifisten und pazifistische Bewegungen – und damit auch die Grünen – ab 1989 und seit Ende des Ost-West-Konflikts vor neue Herausforderungen. Menschenrechtsorientierung und Gewaltfreiheit waren nicht mehr deckungsgleich.

- Am Anfang stand zunächst ein grandioser Sieg der Gewaltfreiheit und der Menschen und Bürgerrechte: Das Zerbröseln staatssozialistischer Macht und der Mauer unter dem Ansturm gewaltfreier Massendemonstrationen war ein historisches Exempel für die enorme unblutige Sprengkraft von gewaltfreien Aktionen und für grundlegende Freiheitsrechte in einer begünstigenden Situation.
- Der 2. Golfkrieg zur Befreiung des vom Irak besetzten Kuwait mobilisierte 1991 noch einmal kurzfristig eine äußerst breite und junge Antikriegsbewegung. Zugleich entbrannte an der akuten Raketenbedrohung für Israel in der öffentlichen Debatte der Konflikt, ob Deutschland dem jüdischen Staat nicht zumindest mit Patriot-Luftabwehrraketen beistehen müsse und inwieweit sich das vereinte Deutschland mit Hilfe der »Scheckbuchdiplomatie« von UN-mandatierten Einsätzen freikaufen könne.⁶
- Beim Bosnien-Krieg 1992 bis 1995 wurde zum Streitpunkt, ob eine an den Menschenrechten orientierte Politik nicht zum Schutz von belagerten, beschossenen und systematisch vertriebenen Volksgruppen eine Militärinter-

⁴Die Grünen 1990, 18.

⁵Bündnis90/Die Grünen 1994, 76.

⁶Vgl. Nachtwei 1991a, 2ff. und Nachtwei 1991b.

vention befürworten oder zumindest von den Vereinten Nationen überwachte Schutzzonen akzeptieren müsse.⁷

- Bei der Kosovo-Krise stellte sich den Grünen diese Frage in verschärfter Weise – nämlich in ihrer Rolle als Regierungspartei in einem Mitgliedsland von NATO, UNO und EU.⁸
- Im Kontext der Balkankrisen kamen außerdem zwei Grunderfahrungen hinzu: Bei den Peacekeeping-Einsätzen von UNO und später NATO wurden pazifistische und militärskeptische Beobachter mit einem Militär konfrontiert, das im UNO-Kontext nicht traditionelle Kriegführung, sondern Kriegs- und Gewalteinämmung praktizierte. Zugleich wurde angesichts der Militärfixiertheit und vielen vertanen Chancen internationaler Politik das Leitbild der gewaltpräventiven Politik bekräftigt.
- Mit den Terrorangriffen vom 11. September 2001 schließlich waren aus der Friedensbewegung stammende Politiker erstmalig mit einer akuten Großbedrohung der eigenen Bevölkerung und offenen Gesellschaft und somit der elementaren staatlichen Schutzpflicht konfrontiert.⁹

4. Streit um humanitär begründete Militäreinsätze

Mit den Balkankriegen der 90er Jahre kehrte der Krieg in einer Form nach Europa zurück, wie es kaum jemand noch für möglich gehalten hätte.

Unter der Parole »Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin« hatten Friedensbewegung und Grüne in den 80er Jahren dem Wettrüsten und der Kriegsgefahr zwischen den Blöcken eine Absage erteilt und damit kriegsverhütend wirken wollen. Angesichts des Paradigmenwechsels kriegerischer Gewalt – weg von zwischenstaatlichen hin zu innerstaatlichen Kriegen – griff das Wegschauen der internationalen Staatengemeinschaft nicht mehr. Es wurde von der Staatengemeinschaft gegenüber dem angekündigten Völkermord in Rwanda 1994 und anderswo mit verheerenden Konsequenzen praktiziert. Die Vereinten Nationen wurden mit Aufgaben betraut, für die sie nicht die Unterstützung und Mittel der Mitgliedsstaaten bereit gestellt bekamen.

Im Unterschied zum zweiten Golfkrieg entwickelte sich gegenüber dem Krieg vor der Haustür keine breite und sichtbare Massen-Friedensbewegung. Angesichts des moralisch hohen Anspruchs der Friedensbewegung war das enttäuschend. Umso wichtiger waren Menschenrechts- und Friedensgruppen, die einen aktiven Pazifismus praktizierten, sowie etliche BürgerInnen, darunter einige prominente Grüne, die politischpraktische Solidarität mit Friedenskräften im ehemaligen Jugoslawien und mit Opfern von Krieg, Vergewaltigung und Vertreibung übten. Wo Sarajevo drei Jahre eingekesselt und beschossen, wo Hilfstransporte nicht zu den Hilfsbedürftigen durchgelassen, wo UNO-Schutzzonen zu Fallen wurden und Massenvergewaltigungen verbreitete Kriegstaktik war, da stieß aber auch gewaltfreie Solidarität und Politik an ihre Grenzen.

Exemplarisch war, wie ich erst in der Friedensbewegung, dann im Bundestag trotz dieser Erfahrungen gegen ein militärisches Eingreifen und vor allem eine deutsche

⁷ Vgl. Nachtwei 1995a.

⁸ Vgl. Nachtwei 1999a und Nachtwei 1999b.

⁹ Vgl. Nachtwei 2001a.

Beteiligung daran sprach: Angemahnt wurde Konsequenz und Kohärenz des internationalen Krisenmanagements auf dem Balkan, darunter eine effektive Umsetzung von Sanktionsbeschlüssen. Gewarnt wurde vor einer unkalkulierbaren Eskalation des Krieges bei einer militärischen Intervention. Angeklagt wurde die Bundesregierung, den Balkankrieg für eine Militarisierung deutscher Außenpolitik zu missbrauchen.¹⁰ Wo die eigene Regierung unter Imperialismus-Verdacht stand, erschien sie für glaubwürdige Friedenspolitik generell ungeeignet zu sein.

Für die aus den Bürgerbewegungen der DDR stammenden Vertreter von Bündnis 90, die seit 1990 im Bundestag saßen, waren diese Befürchtungen zweitrangig. Vor dem Hintergrund ihres Engagements für Frieden, Demokratie und Menschenrechte standen mehrheitlich die Schutzverpflichtung und die Bereitschaft zur – notfalls auch militärischen und polizeilichen – Unterstützung der Vereinten Nationen im Mittelpunkt. Wo die Menschenrechte existenziell verletzt wurden, sahen sie die Pflicht zu handeln. Diese Schutzverpflichtung, die 2005 auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen von allen Staaten anerkannt wurde, war Anfang der 90er Jahre in Deutschland und innerhalb der Bündnisgrünen noch nicht mehrheitsfähig.

Die Jahre 1994 bis 1996 spielten für die Weiterentwicklung der Position eine wichtige Rolle. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die Erfahrungen mit dem Völkermord in Rwanda und dem Versagen der Vereinten Nationen in der Schutzzone von Srebrenica, setzten eine intensive Debatte in Gang. In Joschka Fischers Brief an die Partei und die Bundestagsfraktion und den darauf folgenden Reaktionen wird die Hitzigkeit der damaligen Auseinandersetzung deutlich.¹¹ Sie gipfelte in dem Appell Ludger Volmers an Joschka Fischer: »Greif zur Waffe, fahr nach Sarajevo!«¹²

Als die Spitzen von Grüner Fraktion und Partei im Herbst 1996 Bosnien-Herzegowina besuchten und sich als erste bundesdeutsche Partei mit der (Nach-) Kriegswirklichkeit vor Ort konfrontierten, zeichnete sich der Kurswechsel an der Führungsspitze ab.¹³ In den zerschossenen Ruinen von Mostar, am Hang oberhalb Sarajevos, von wo die serbischen »Snipers« drei Jahre lang tausende Zivilisten ermordet hatten, und beim katholischen Bischof von Banja Luka wurden uns Intensität und Ausmaß der Kriegsgewalt – und das Versagen Europas ihr gegenüber – bewusst. Zugleich präsentierten deutsche SFOR-Soldaten unter General Riechmann ein Militär, das mit seinem Auftrag und Auftreten ganz und gar nicht dem Bild vom militaristischen Krieger-Militär entsprach: Durch ein UNO-Mandat beauftragt und legitimiert zu Gewalteinämmung und Kriegsverhütung statt Kriegführung, verpflichtet zur Verhältnismäßigkeit der Mittel, erstaunlich »zivil« auftretende Staatsbürger in Uniform, in vielem einer Polizei ähnlicher als traditionellem Militär.

Vor dem Hintergrund dieser Schlüsselerfahrungen verschoben sich die Einstellungen gegenüber einem Bundeswehreininsatz im ehemaligen Jugoslawien. Noch in der Opposition vollzog die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 19. Juni 1998 eine historische Wende: Sie stimmte mehrheitlich der Verlängerung der Bun-

¹⁰ Vgl. Nachtwei 1995b und Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 1995.

¹¹ Siehe zur Diskussion über militärische Interventionspflicht bei Völkermord innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen www.oekonet.de/kommune/briefe/index.html (letzter Zugriff: 16. März 2006).

¹² taz vom 12.8.1995.

¹³ Vgl. Nachtwei 1996 und Christiane Schlötzer-Scotland, »Das Gelöbnis von Banja Luka«, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.10.1996.

deswehrebeteiligung an SFOR, einem nach Kapitel VII der UNO-Charta mandatierten friedenssichernden Einsatz zu.

Damit veränderte sich bei den Bündnisgrünen das Verhältnis zur Gewaltfreiheit: Es bleibt der unbedingte Vorrang der Gewaltprävention. Zur Eindämmung, Beendigung und Verhütung illegitimer Gewalt kann rechtsstaatlich legitimierte und begrenzte Gewalt jedoch notwendig sein. Die Bündnisgrünen näherten sich damit den Normen der UNO-Charta an: an ihre Absage an die Geißel des Krieges und an ihr Eintreten für den Weltfrieden und für die internationale Sicherheit, die zulassen, dass Waffengewalt allenfalls (aber auch nur) im gemeinsamen Interesse angewendet werden darf. Konnten die Grünen über lange Zeit beanspruchen, dass sie als einzige Partei radikalpazifistische Positionen vertritt, war das fortan vorbei. Die Partei der Kriegsdienstverweigerer stand vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zur Bundeswehr völlig neu bestimmen zu müssen. Gleichzeitig galt es, den Vorrang ziviler Konfliktlösungsansätze in operative Politik zu übersetzen.

5. Die andere Bühne der Regierungsverantwortung

Was in der Opposition kaum bedacht worden war, bekamen die grünen Koalitionäre vom Start an zu spüren: Der Gang in eine Regierung ist kein bloßer Rollenwechsel, sondern ein kompletter Bühnenwechsel. Der »Spielplan« ist zu erheblichen Teilen fremdbestimmt und das Publikum enorm groß, kritisch und heterogen. Deutsche Außenpolitik agiert im multilateralen Verbund in der UNO, NATO, EU, OSZE etc. und auf keinen Fall im Alleingang. Im Unterschied zu einer Opposition können sich Regierende nicht mit der Kritik früherer Versäumnisse und der Forderung des Wünschenswerten begnügen, sondern sind vor allem im Hier und Jetzt angesichts realer und durchsetzbarer Handlungsalternativen gefordert. Sie stehen dabei in Verantwortung für die Folgen eigenen Tuns oder Unterlassens. Wer nicht nur für sich selbst verantwortlich ist, sondern für den Schutz der eigenen Bevölkerung, für die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols und die Erfüllung von Verpflichtungen, die sich aus UNO- und Bündnismitgliedschaft ergeben, kann eine strikte und prinzipielle Gewalt- und Militärfreiheit nicht mehr aufrechterhalten.¹⁴

Das Dilemma einer an den Menschenrechten und Gewaltfreiheit orientierten Politik spitzte sich in der Kosovo-Krise zu. Im Herbst 1998 eskalierten Gewalt, Vertreibung und Flucht im Kosovo, so dass UNO-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht Anfang Oktober eindringlich davor warnte, dass Zehntausende von Binnenflüchtlingen für Hilfsorganisationen nicht mehr erreichbar seien und im Winter eine humanitäre Katastrophe drohe.

Aus dem europäischen Versagen angesichts des Bosnien-Krieges hatten viele Friedensbewegte, »Grüne« und europäische Politiker überhaupt einen regelrechten kategorischen Imperativ abgeleitet: Im Einflussbereich der europäischen Staaten dürfe es kein »zweites Bosnien« geben. Dies galt es unter den ganz anderen Bedingungen der Regierungsverantwortung in konkrete Politik umzusetzen. Der Wille, unbedingt einer erneuten drohenden Gewalt- und Vertreibungseskalation Einhalt zu gebieten, nahm den zerstörerischen und tödlichen Einsatz von NATO-Bombern in Kauf. Die strikte Ablehnung einer militärischen Option nahm äußerstenfalls die sukzessive »ethnische Säuberung« des Kosovo in Kauf. Der dritte Weg einer friedlichen oder zumindest gewaltärmeren Konfliktlösung (Fortsetzung der großen Kosovo Verificati-

¹⁴ Vgl. Nachtwei 1999c.

on Mission der OSZE, Intensivierung des Verhandlungsprozesses und der Option eines UNO-mandatierten Friedenserzwingungseinsatzes durch Bodentruppen unter Einschluss Russlands) wurde vor allem von Seiten der US-Regierung blockiert. Hier war die noch junge rotgrüne Bundesregierung, die ihre Bündnisverlässlichkeit als Eckstein von Regierungsfähigkeit erst noch beweisen musste, nicht durchsetzungsfähig und wohl auch nicht konfliktwillig. Die Entscheidung zur Unterstützung des Kosovo-Luftkrieges wurde überschattet durch den in der öffentlichen Debatte geäußerten Verdacht, dass Spitzenpolitiker wie der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping in ihren Reden für eine deutsche Beteiligung an einem Kriegseinsatz die Wahrheit verbogen hätten.¹⁵

Im Streit um den Kosovo-Luftkrieg als entweder Nothilfe oder Sündenfall trennten sich die politischen Wege vieler Friedensbewegter, Pazifisten und Grüner. Die pazifistische Bewegung und die Friedensbewegung schrumpften weiter. Das Tabu, es dürfe »Nie wieder Krieg« von Deutschland ausgehen, war gebrochen. Militär war nun wieder zu einem Mittel der operativen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geworden. Die Relegitimierung des Militärischen war auf den ersten Blick ein großer Rückschlag für eine Politik der Gewaltfreiheit. Zugleich aber beflügelte das »abschreckende Beispiel« des Kosovo-Krieges die Anstrengungen für wirksame Krisen- und Gewaltprävention und Friedensförderung. Auch wenn eine öffentliche und transparente Aufarbeitung des Kosovo-Krieges seitens der Regierung verweigert wurde – friedenspolitische Lehren wurden daraus sehr wohl gezogen. Sie traten deutlich zutage im deutschen Engagement für den Stabilitätspakt, bei der friedlichen Lösung der Mazedonienkrise im Jahr 2001 und bei der Absage der Bundesregierung an den Irak-Krieg im Jahr 2003.

6. Die unbeachtete Kontinuität: Gewaltfreiheit wird operativ

Der Wandel in der Einstellung zu einem – partiell – gewandelten Militär im Kontext einer gewandelten Konfliktsituation stand im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung und öffentlichen Wahrnehmung. Dass dieser Wandel einherging mit erheblicher friedenspolitischer Kontinuität, mit einer Verstärkung des umfassenden gewaltpräventiven Ansatzes, fand in einer militärfixierten Öffentlichkeit demgegenüber kaum Beachtung.¹⁶

In der parlamentarischen wie außerparlamentarischen Opposition hatten sich die Grünen stets für die Förderung der von der etablierten Politik vernachlässigten zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung eingesetzt. Nachdem auf bundespolitischer Ebene eine interfraktionelle Parlamentarierinitiative für einen Zivilen Friedensdienst (ZFD) an einem Entwicklungshilfeminister der CSU gescheitert war, konnte eine erste Förderung des ZFD im rotgrünen Koalitionsvertrag von Nordrhein-Westfalen verankert werden.¹⁷

Über viele Jahre hatten insbesondere die Bündnisgrünen auf den Kosovo-Konflikt aufmerksam gemacht, den gewaltfreien Widerstand der Kosovo-Albaner unterstützt und internationale politische Hilfe bei der Konfliktlösung eingefordert, zuletzt mit einem Antrag, der am 7. Mai 1998 im Bundestag debattiert wurde. Diese Bemühungen stießen bei den damaligen Regierenden in Bonn und in der Öffentlichkeit auf

¹⁵ Vgl. Nachtwei 2001b.

¹⁶ Vgl. Nachtwei 2002.

¹⁷ Vgl. Nachtwei 1997.

taube Ohren. Menschenrechtsaktivisten, zum Beispiel das Balkan Peace Team, blieben ohne jede offizielle Förderung. Umso intensiver forderten die Grünen 1998 in ihrem Wahlprogramm den »Aufbau einer Infrastruktur für zivile Konfliktbearbeitung«. Säulen dieser Infrastruktur sollten sein: ein Zentrum für Gewaltprävention, die Förderung der Friedensforschung, die Ausbildung und Entsendung von Friedensfachkräften im Rahmen eines Zivilen Friedensdienstes, ein Ausbildungszentrum für Fachpersonal für humanitäre Hilfe und präventive Formen der Diplomatie, MilitärbeobachterInnen und Minenräumung in Konfliktregionen. Im rotgrünen Koalitionsvertrag von 1998 wurde ein Großteil dieser Forderungen aufgenommen und die Umsetzung nach Regierungsantritt zügig angegangen.¹⁸

Im Verantwortungsbereich des Auswärtigen Amtes wurde ein Training für Zivilexperten für Friedensmissionen von UNO, EU und OSZE aufgebaut, woraus 2002 das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin entstand. Das ZIF verbindet in einmaliger Weise die Funktionen Ausbildung/Rekrutierung, Einsatzbegleitung und Analyse. Im Haushalt des Auswärtigen Amtes wurde ein Titel zur Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte zur Zivilen Konfliktbearbeitung eingerichtet. In der Entwicklungszusammenarbeit wurde Krisenprävention als Querschnittsthema verankert und der Zivile Friedensdienst (mit derzeit 130 Friedensfachkräften in vier Kontinenten) aufgebaut. Die Unterstützung des Aufbaus rechtsstaatlicher Polizeien in Krisenregionen ist inzwischen zu einer festen und expandierenden Aufgabe der Länder- und Bundespolizeien geworden. Diese Beiträge haben eine Schlüsselrolle bei allen Bemühungen um Nation- und State-Building in Krisenregionen. Seit fünf Jahren fördert die vom Bund etablierte Deutsche Stiftung Friedensforschung wissenschaftliche Projekte sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Friedensforschung.

Auf Initiative der Grünen wurde in der Koalitionsvereinbarung von 2002 das Vorhaben »Aktionsplan zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« verankert. Im Mai 2004 wurde der von zehn Ressorts unter Federführung des Auswärtigen Amtes und unter Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure erarbeitete Aktionsplan vom Bundeskabinett beschlossen.¹⁹ Ziel des Aktionsplans ist es, die staatlichen und nichtstaatlichen Fähigkeiten der Bundesrepublik zur zivilen Konfliktbearbeitung gegenüber gewaltträchtigen Konflikten umfassend und systematisch zu stärken. Seine Bestandsaufnahme präsentiert bisherige Instrumente und Maßnahmen in einer Breite und Differenziertheit, wie sie auch Insidern bisher so kaum bewusst war. Der Aktionsplan benennt als zentrale Anforderungen an zivile Krisenprävention die Kohärenz im Handeln staatlicher und nichtstaatlicher Akteure und ihren Querschnittcharakter weit über die traditionelle Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik hinaus, ihre multidimensionale Anlage sowie ihre Ausrichtung auf Ursachenbekämpfung wie auf Akteursbeeinflussung. Der Aktionsplan betont ausdrücklich das Do-No-Harm-Prinzip als krisenpräventives »Kehren vor der eigenen Haustür«. Im Dickicht krisenpräventiver Ansätze bringt der Aktionsplan Orientierung, indem er die strategischen Ansatzpunkte (verlässliche staatliche Strukturen, Förderung von Friedenspotenzialen, Sicherung von Lebenschancen), Handlungsfelder und Akteure auf globaler, regionaler und nationaler Ebene identifiziert. Der Aktionsplan leitet insgesamt 161 Aktionen aus dem Dreischritt Herausforderungen, Bestandsaufnahme und Erfahrungen ab. Die Bundesregierung leistet damit

¹⁸ Vgl. Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen 2001 und Nachtwei 2001c.

¹⁹ Siehe hierzu Deutsche Bundesregierung 2004, Nachtwei 2004 und Nachtwei 2005.

einen vorbildlichen Beitrag zur Stärkung eines effektiven Multilateralismus im Rahmen von EU, UNO und OSZE und trägt zu einer Stärkung von umfassenden zivilen UNO-Fähigkeiten bei. Der Grundwert Gewaltfreiheit wird hier in konkrete Politik der strukturellen und direkten Gewaltverhütung und Gewalteinämmung übersetzt.

Der Aktionsplan gilt international als vorbildlich. Seine Wirksamkeit wird allerdings durch mehrere Faktoren eingeschränkt: Die personelle und finanzielle Ausstattung dieses Politikfeldes blieb praktisch unverändert. Die zunächst fehlende Schwerpunkt- und Prioritätensetzung erschwert die Umsetzung des Aktionsplans und begünstigt das notorische Handicap jeder krisenpräventiven Politik – ihre Unattraktivität für die Medien und die »Unsichtbarkeit« ihrer Erfolge. Dass der Aktionsplan auch von breiten Teilen der Friedensbewegung kaum oder mit Verzögerung wahrgenommen wurde, ist einmal dem Verdacht geschuldet, Rot-Grün wolle sich hier ein Alibi verschaffen. Es liegt zweitens an einer auch unter Militärkritikern verbreiteten Militärfixiertheit, einer Stärke im Contra und einer Schwäche im Pro.

7. Politik für Gewaltfreiheit in einer gewaltträchtigen Welt

Die Herausforderungen an eine auf Gewaltfreiheit zielende Politik haben sich grundlegend gewandelt. Heute und künftig steht die Privatisierung von Gewalt und ihrer Ablösung von Recht und Gesetz im Vordergrund: in schwachen, versagenden und zerfallenen Staaten, wo Gewaltkonflikte, Kriegsherren und Gewaltunternehmer vor allem die Zivilbevölkerung malträtieren; in autoritären und diktatorischen, vermeintlich starken Staaten, deren Machthaber sich über das Recht stellen; schließlich bei solchen Regierungen, die eine Privatisierung der Gewalt »von oben« praktizieren, wenn sie das Recht der Stärkeren über Völker- und Menschenrechte setzen. Die Förderung des Rechts und der Rechtsdurchsetzung im Verhältnis zwischen den Staaten und innerhalb der Staaten, die Stärkung der gesellschaftlichen Friedenspotenziale und eines effektiven Multilateralismus sowie Strategien gegen Konfliktursachen (von Ressourcenkonflikten bis zu Perspektivlosigkeit und Demütigungserfahrungen) sind heute die ersten Aufgaben einer an Gewaltfreiheit orientierten Politik. Dabei kommt folgenden Aufgaben eine Schlüsselrolle zu:

- Die Stärkung des Systems der Vereinten Nationen, ihrer Normen (angefangen beim internationalen Gewaltverbot und der Ächtung des Krieges) und ihrer Friedensfähigkeiten,
- die verbindliche Begrenzung des Militärischen auf die Ziele der Verhütung und Eindämmung von Krieg und Gewalt im Dienste kollektiver Sicherheit im Rahmen des UNO-Systems sowie der Ausschluss von Militärinterventionen zu machtpolitischen Zwecken,
- die Vermeidung eigener Beiträge zur Konfliktverschärfung,
- das Nation- und State-Building in fragilen und versagenden Staaten, die besondere »Brutstätten« für Organisierte Kriminalität und Terrorismus sind. So wie es keinen dauerhaften Frieden ohne Entwicklung und Gerechtigkeit gibt, so gibt es erst Recht keine Entwicklung ohne ein Mindestmaß an Sicherheit und rechtsstaatlichem Gewaltmonopol,
- die Fortsetzung der kooperativen und vertragsgestützten Abrüstung und Rüstungskontrollen den internationalen Beziehungen.

Angesichts der ca. 40 fragilen Staaten weltweit, angesichts der Konfliktdimension allein von Afghanistan, der »Demokratischen Republik Kongo« oder gar des Irak ist das eine gigantische Herausforderung für die Staatengemeinschaft und die Weltgesellschaft. Das Ausmaß der Gewaltpotenziale, dem eine Politik für aktive Gewaltfreiheit entgegenwirken will, kann mutlos, ja verzweifelt machen. Doch ausgerechnet bei Besuchen in gewaltträchtigen Krisenregionen mache ich immer wieder eine entgegengesetzte Erfahrung: Dort begegne ich regelmäßig Menschen, die mit Phantasie, Ausdauer, Kompetenz und Ausstrahlung gegen Gewalt arbeiten und dies trotz aller Rückschläge durchaus mit Erfolg. Es sind Menschen von Hilfsorganisationen, von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, ZivilistInnen und Diplomatinen, PolizistInnen und Militärs. Hier erlebe ich neue, pragmatische Partnerschaften für Menschenrechte und Gewaltfreiheit, die Hoffnung und Mut machen. Das *Peace Counts Project* hat mit seinen spannenden Reportagen rund um den Globus einige von diesen »Friedensmachern« sichtbar gemacht.²⁰

Eine Politik der Gewaltfreiheit kann sich nicht im Ziel der Entmilitarisierung erschöpfen. Sie muss auf Verhütung und Eindämmung illegitimer Gewalt, auf rechtsstaatliche Einhegung und Minimierung von Staatsgewalt und umfassende Friedensförderung ausgerichtet sein. Soll eine Politik der Gewaltfreiheit wirksam sein, muss sie nicht nur multilateral, sondern auch multidimensional angelegt sein. Statt irgendwelcher Alleinvertretungsansprüche einzelner Akteure muss es gelingen, dass zivilgesellschaftliche und politische, staatliche und nichtstaatliche Akteure mit ihren unterschiedlichen Rollen im Sinne des gemeinsamen Ziels zusammenwirken, sich kritisieren, gegebenenfalls konstruktiv stören und damit produktiv ergänzen. Angesichts der Zerwürfnisse, Enttäuschungen und Entfremdungen in den letzten Jahren ist das schwer zu schaffen. Angesichts der friedenspolitischen Herausforderungen ist es zugleich lebensnotwendig.

Literatur

Bündnis 90/Die Grünen (1994): »Nur mit uns: Programm zur Bundestagswahl 1994«, www.boell.de/downloads/gedaechtnis/1994_Wahlprogramm.pdf (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (ed.) (2001): »Gewaltvorbeugung konkret: Unterstützung internationaler Maßnahmen der Krisenprävention und Friedenserhaltung durch die Bundesregierung«, Broschüre, Berlin.

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (1995): Bundesstagsantrag »Fortsetzung der Bundeswehrreduzierung und Verzicht auf die Umstrukturierung der Bundeswehr für weltweite Kampfeinsätze«, Bundestagsdrucksache 13/2499, <http://dip.bundestag.de/btd/13/024/1302499.pdf> (letzter Zugriff: 20. März 2006).

Deutsche Bundesregierung (2004): Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung«, Bundestagsdrucksache 15/5438, [www.auswaertigesamt.de / www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv_km/aktionsplan.pdf](http://www.auswaertigesamt.de/www/de/aussenpolitik/friedenspolitik/ziv_km/aktionsplan.pdf) (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Die Grünen (1980): »Das Bundesprogramm 1980«, www.boell.de/downloads/gedaechtnis/

²⁰ Vgl. Gerster/Gleich 2005.

1980_Bundesprogramm.pdf (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Die Grünen (1990): »Das Programm zur 1. gesamtdeutschen Wahl 1990«, [www.boell.de/](http://www.boell.de/downloads/gedaechtnis/1990_Wahlprogramm.pdf)

[downloads/gedaechtnis/1990_Wahlprogramm.pdf](http://www.boell.de/downloads/gedaechtnis/1990_Wahlprogramm.pdf) (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Gerster, Petra/Gleich, Michael (eds.) (2005): *Die Friedensmacher*, München: Hanser Fachbuchver-lag.

Nachtwei, Winfried (1991a): »Unsere erste Kriegszeit – Anmerkungen zur Sozialpsy-
chologie im bundesdeutschen Hinterland«, in: GAL/Grüne Münster (ed.): *Golfkrieg –
Hintergründe und Analysen*, Broschüre, Münster 1991, 24.

Nachtwei, Winfried (1991b): »Der Golfkrieg ist noch nicht zu Ende! Aspekte einer zu-
künftigen Friedenspolitik«, in: *Maulwurf. Zeitschrift von GAL/Grünen Münster 1991
(April)*,34.

Nachtwei, Winfried (1995a): »Krieg vor der Haustür: Zusehen? Eingreifen? Oder
was?«, in:

Maulwurf. Zeitschrift von GAL/Grünen Münster 1995 (August), 46.

Nachtwei, Winfried (1995b). »Rede im Deutschen Bundestag am 30.6.1995 anlässlich
der Entsendung eines Kontingents Tornado-Kampfflugzeuge nach Bosnien-
Herzegowina«, <http://dip.bundestag.de/btp/13/13048.pdf> (letzter Zugriff: 20. März 2006).

Nachtwei, Winfried (1996): »Konfrontation mit der Kriegswirklichkeit: Bosnien-Reise
der Vorstän- de von Bundestagsfraktion und Partei von Bündnis 90/Die Grünen im
Oktober 1996«, www.nachtwei.de/downloads/bericht/reise_bosnien_96.pdf (letzter
Zugriff:16. März 2006).

Nachtwei Winfried (1997): »Frieden muss von unten wachsen«, Rede zur Eröffnung
des ersten

Grundkurses des Modellvorhabens »Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung« am
20.5.1997 in Frille bei Minden, in: *Maulwurf. Zeitschrift von GAL/Grünen Münster 1997
(Juni)*, 1314.

Nachtwei, Winfried (1999a): »NATO-Luftangriffe: Antiserbische Aggression oder ein-
zige Rettungschance für das Kosovo?« (Positionspapier 26.3.1999),
[www.muenster.org/ frieden/luftangriffe.htm](http://www.muenster.org/frieden/luftangriffe.htm) (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Nachtwei, Winfried (1999b): »Nach Bielefeld: Widersprüche, Glaubwürdigkeitslü-
cken und Verantwortung – die Grünen zwischen Antikriegsprotest und Kriegsbei-
ligung«, Positionspapier 9.6.1999, www.muenster.org/frieden/nachbielefeld.htm (letz-
ter Zugriff: 16. März 2006).

Nachtwei, Winfried (1999c): »Regierungsbeteiligung: Bühnenwechsel – Abschied von
der Friedensbewegung oder Friedenspolitik der dicken Bretter?«, in: *FriedensForum
2*, www.friedenskooperative.de/ff/ff99/229.htm (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Nachtwei, Winfried (2001a): »Keine Macht dem Terror – mit Solidarität, Entschlos-
senheit, Besonnenheit (Rau) – Nur wie und wohin?«, in: *Stachlige Argumente. Zeit-
schrift der Berliner Grünen 131 (5)*,
www.grueneberlin.de/positionen/stach_arg/131/keine_macht.shtml (letzter Zugriff:
16. März 2006).

Nachtwei, Winfried (2001b): »Kosovo-Krieg vor zwei Jahren: Beginn alles mit einer
Lüge?

Zum Streit um die Informationspolitik der Bundesregierung«, in: 4/3, *Fachzeitschrift für Kriegsdienstverweigerung, Wehrdienst und Zivildienst*, 2935.

Nachtwei, Winfried (2001c): »In friedlicher Mission«, in: *Zeitschrift für KulturAustausch* 2,3639.

Nachtwei, Winfried (2002): »Politik braucht ethische Verantwortung – ›Gerechter Frieden«

und politische Vernunft«, in: Katholische Akademie Rabanus Maurus, pax christi-Bistumsstelle Limburg (ed.): *Gerechter Friede. Festschrift für Bischof Dr. Franz Kamphaus*, Idstein: Meinhard.

Nachtwei, Winfried (2004): »Aktionsplan Krisenprävention: Großer Fortschritt an Friedensfähigkeit«, www.nachtwei.de/pdf/ak_plan_ziv_wn.pdf (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Nachtwei, Winfried (2005): »Gute Nachricht – Keine Nachricht? Ein Jahr ›Aktionsplan Krisenprävention

«, www.nachtwei.de/downloads/position/200505_1jahraaktionsplan.pdf (letzter Zugriff: 16. März 2006).

Viel beschworen, wenig bekannt: Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung

März 2008

Winfried Nachtwei MdB

Sprecher für Sicherheit und Abrüstung

Einleitung

Ziel der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) bzw. Friedensförderung ist nicht die Konfliktvermeidung, sondern die zivil-friedliche Austragung von Konflikten in den verschiedenen Konfliktphasen und Gewaltminderung: Krisenprävention im Vorfeld, Konfliktlösung im zugespitzten bzw. „eingefrorenen“ Konflikt und Friedenskonsolidierung als Konfliktnachsorge. Strukturbezogene (längerfristige) Krisenprävention zielt auf den längerfristigen Abbau von Konflikt- und Gewaltursachen; prozessorientierte operative (mittel- und kurzfristige) Krisenprävention zielt auf die Verhinderung von Konflikteskalationen. Friedenskonsolidierung/ Peacebuilding soll nach Waffenstillständen Rückfälle in die Gewalt verhindern und stabilen Frieden fördern. Angesichts privatisierter Gewalt und schwacher Staatlichkeit geht Friedenskonsolidierung oft mit Bemühungen eines „Statebuilding“ einher. Die große Masse der UN-Friedenssicherung agiert auf diesem Feld der Konfliktnachsorge. Viele Politikfelder sind von erheblicher krisenpräventiver Relevanz – von der Klima-, Energie- und Ressourcenpolitik über Entwicklungspolitik + Integrationspolitik nach außen und im Innern bis zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Um die Entgrenzung und Verflachung des Präventionsbegriffs zu vermeiden, soll hier unter Krisenprävention in erster Linie ihre operative Dimension verstanden werden. ZKB ist eine wesentliche Säule der Friedens- und Sicherheitspolitik.

Anforderungen: Staatliche und nichtstaatliche, nationale und internationale Akteure können zur ZKB auf der unteren, mittleren und nationalen Ebene von Konfliktgesellschaften sowie im regionalen und internationalen Rahmen mit unterschiedlicher Reichweite und Wirksamkeit beitragen.

Krisenprävention und Konfliktlösung kann von außen nur unterstützt, aber nicht ersetzt werden. Die Hauptverantwortung bleibt bei den Konfliktparteien. Gegenüber komplexen Konflikten mit vielen Akteuren gibt es selbstverständlich kein präventives Allheilmittel und erst recht keine Erfolgsgarantie. Krisenprävention ist kein politisches Ingenieurwesen. Die Eskalation vieler Gewaltkonflikte ist zugleich eine Geschichte der verpassten Chancen. Die internationale Ignoranz gegenüber dem gewaltfreien Widerstand im Kosovo in den 90er Jahren und die Schwäche der OSZE-Mission Ende 1998/Anfang 1999 dort stehen dafür. Umso mehr kommt es darauf an, gewaltpräventive Chancen und Potenziale zu identifizieren und zu nutzen.

Notwendig sind ganze Bündel von Politiken, Pfaden, Maßnahmen, Instrumenten.

Soll ZKB Erfolgchancen haben, muss sie früh- und rechtzeitig ansetzen (d i e Schwierigkeit und Herausforderung), muss die Internationale Gemeinschaft eine kohärente und multidimensionale Politik entwickeln, müssen internationale und einheimische, staatliche und gesellschaftliche Akteure zusammenwirken und ihre Fähigkeiten und Kapazitäten angemessen sein.

Herkunft + Stellenwert: Fürsprecher der ZKB sind seit den 80er Jahren Friedensforschung, Teile der Friedensbewegung (insbesondere praxisorientierte Pazifisten), Grüne und Teile der SPD sowie die Friedensdenkschriften der Kirchen. Konzepte des „gerechten Friedens“ und der „menschlichen Sicherheit“ fordern den Primat der ZKB und Gewaltprävention. Auch die „Responsibility to Protect“ setzt zuallererst auf zivile gewaltfreie Interventionen. Mit ZKB wird der Grundwert Gewaltfreiheit in Politik und Praxis umgesetzt und operativ. ZKB ist ein Kontinuitätsthema der Grünen und in ihren Programmen so konkret wie bei keiner anderen Partei eingefordert. Forciert durch die Erfahrungen der Balkankriege wurde die (zivile) Krisenprävention seit Ende der 90er Jahre zunehmend ein Thema auf den Ebenen von EU (ESVP) und Vereinten Nationen. Befördert durch ihre Einsatzerfahrungen auf dem Balkan und in Afghanistan drängen inzwischen auffällig viele Offiziere auf eine Stärkung ziviler Fähigkeiten. Inzwischen hat sich die Basis der ZKB in Deutschland vor allem um Praktiker mit Erfahrungen aus Konfliktregionen und viele Absolventen von Studiengängen zur Internationalen Politik erweitert. Die ZKB-„Szene“ ist im Durchschnitt erheblich jünger als die Friedensbewegung, der man sich nur zum Teil verbunden fühlt.

Ausgehend von den Koalitionsverträgen 1998 und 2002 leistete Rotgrün zum Aufbau der ZKB: operativ bei der Eindämmung gefährlicher Konflikte (z.B. auf dem Balkan nach dem abschreckenden Beispiel des Kosovo-Krieges) und strukturell beim Aufbau neuer Instrumente und Fähigkeiten.(vgl. die Dokumentationen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen „Gewaltvorbeugung konkret: Zwischenbilanz rotgrüner Maßnahmen zur zivilen Krisenprävention“, März 2001, und „Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor. Beiträge zur Stärkung der zivilen Säulen internationaler Friedensmissionen“, November 2001)

Marksteine einer neuen Infrastruktur für ZKB wurden das Zentrum Internationale Friedenseinsätze/ZIF, der Zivile Friedensdienst/ZFD, die krisenpräventive Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit/FriEnt, die Deutsche Stiftung Friedensforschung, die Unterstützung zivilgesellschaftlicher ZKB-Projekte über „zivik“, der Ausbau von Kapazitäten für internationale Polizeimissionen, der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung von 2004 und nicht zuletzt die aktive Förderung der nicht-militärischen Fähigkeiten auf Ebene der EU und Vereinten Nationen.

Im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen von 2005 heißt es:

„Der Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention muss sich international, europäisch und national finanziell widerspiegeln. (...) Das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) und der neue Aktionsplan Krisenprävention gelten international als vorbildlich. Staatliche und zivilgesellschaftliche Fähigkeiten zur zivilen Krisenprävention (darunter der Zivile Friedensdienst und die Stiftung Friedensforschung) wollen wir personell, finanziell und strukturell durch ein ziviles Entsendegesetz stärken. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass das Europäische Zivile Friedenskorps endlich umgesetzt wird und eine Agentur für Ziviles Krisenmanagement und Abrüstung eingerichtet wird.“

Die Infrastruktur ZKB hätte noch viel besser verankert und entwickelt werden können, wenn sie nicht nur Sache der Grünen Staatsminister Ludger Volmer und Kerstin Müller, sondern auch des Ministers Joschka Fischer gewesen wäre. Letzteres war nicht zu erkennen.

Grundwiderspruch und Handicap aller Bemühungen für ZKB ist bis heute der zunehmende Bedarf, der teilweise hohe verbale Zuspruch + die geringe Streitigkeit

einerseits, die geringe Kohärenz, Ressourcenausstattung und minimale öffentliche Wahrnehmung andererseits.

Dringende Schritte:

- Entwicklung einer ressortübergreifenden Führungsfähigkeit in der Bundesregierung, Steuerungskompetenz des Ressortkreises
- Deutliche finanzielle und personelle Verstärkung, ZFD 500, stehende Kräfte (Aufholprogramm), gemeinsamer Haushaltstitel Krisenprävention
- Kooperations- und Kohärenzförderung, Klärung des Verhältnisses zwischen zivilen und militärischen Akteuren
- Kommunikationsstrategie und -kapazitäten
- Zivile Planziele 2010 orientiert am Bedarf + in Abstimmung mit den Planzielen der EU
- Chancenanalysen + early-action-Mechanismen

(1) Stellenwert der Zivilen Krisenprävention/Konfliktbearbeitung (ZKP/ ZKB) und Friedensförderung in der Großen Koalition:

Im Koalitionsvertrag von 2005 hat Krisenprävention einen deutlich geringeren Stellenwert als bei Rotgrün, wo die Grünen bei der Koalitionsvereinbarung 2002 die Formulierer waren. Von explizit ziviler Krisenprävention ist keine Rede mehr. Es heißt aber noch, dass der Aktionsplan Krisenprävention umgesetzt werden soll. Einzelnen SPD-Politikern ist ZKB weiterhin ein aktives Anliegen. CDU-Außenpolitiker zeigten hier in der Vergangenheit kein Engagement. Erst in jüngerer Zeit zeigten einzelne Abgeordnete positives Interesse. Neue Initiativen gab es unter der Großen Koalition nicht.

In der Exekutive hat die explizite ZKB trotz aller konzeptionellen Anstrengungen nach Einschätzung von Insidern eine Nischenexistenz. Beim Mainstreaming der ganzen Bundesregierung bez. Krisenprävention sind Fortschritte nicht erkennbar. Am ehesten kommt Engagement aus dem AA (und vorbildlich vom AA-Krisenbeauftragten Botschafter F. Däubler), BMZ, BMVg. Andere Ressorts sollen zurückhaltend sein. Das erlebt der Ressortkreis Krisenprävention, dem es eindeutig an Steuerungskompetenz und Ressourcen mangelt und der deshalb auf die freiwillige Zusammenarbeit der Ressorts angewiesen ist. (Die von mir anlässlich eines Koalitionskonfliktes noch unter Rotgrün im Frühjahr 2005 ausgehandelten 10 Mio. Euro, die das Verteidigungsministerium für Zwecke des Ressortkreises zur Verfügung stellte - „Strukturelle Krisenvorsorge“ - gelten als große Hilfe.)

Integrierte Führungsstrukturen, wie es sie z.B. in Kanada und Großbritannien gibt und sie beim Verteidigungsministerium mit dem künftigen Einsatzführungsstab kommen sollen, gibt es hierzulande auf der zivilen Seite nicht. Insgesamt sehen zivilgesellschaftliche Akteure Stillstand bis Rückschritt. Ein politischer Wille zur Weiterentwicklung der ZKB ist auf der Führungsebene der Bundesregierung nicht erkennbar. Einige Signale stehen auf Abbau.

(2) Friedens- und sicherheitspolitische Bedarf:

Laut Conflict Barometer 2007 des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) gab es 2007 insgesamt 328 (2006: 326) politische Konflikte, davon 6 (6) Kriege, 25 (30) schwere Krisen mit massiver Gewalt, 99 (104) Krisen mit sporadischer Gewalt, zusammen 130 (140) gewaltsame Konflikte. Hinzu kamen 198 nicht-gewaltsame Konflikte, davon 118 (114) manifeste und 80 (72) latente. 238 der Konflikte waren innerstaatlich, 90 zwischenstaatlich. Die Kriege und schweren Krisen waren

alle intern (Tschad auch transnational). Von Krisen waren 6 zwischenstaatlich, 93 innerstaatlich. Während 36 Konflikte eskalierten, konnten 61 deeskaliert werden. Bei 52 der 328 gegenwärtigen Konflikte gab es Gespräche, Verhandlungen oder Konferenzen zwischen den Konfliktparteien. Zwei Drittel endeten ohne Ergebnis, in 29 Fällen konnten Abkommen geschlossen werden. (www.hiik.de; vgl. als laufendes Early Warning Programm für zzt. 25 Krisenländer FAST International von Swisspeace, www.swisspeace.ch)

Trotz aller Berliner Stagnation liegt die ZKP voll im Trend der internationalen Politik, bietet Antworten auf eine stark wachsende Nachfrage. Stichworte dafür sind

- die neue Peacebuilding Commission der UN, mit der die komplexen und langwierigen Friedenskonsolidierungsprozesse auch auf UN-Ebene erstmalig abgestimmt begleitet und unterstützt werden sollen;

- die Anstrengungen der EU: „Zivile Planziele 2008“ und inzwischen „2010“; die zzt. 12 EU-Missionen im Bereich der zivilen ESVP (in Palästina und Aceh war ausdrücklich nur die EU erwünscht), der Aufbau von „Civilian Response Teams“/CRT (stand-by und schnell einsatzfähig; solches hat auch die UN noch nicht);

- vor dem Hintergrund des Irak-Desasters die „Kehrtwende der Bush-Administration zum Nation Building“ (so der Titel einer SWP-Studie) in 2004: seit Juli 2004 gibt es im State Departement das „Office of the Coordinator for Reconstruction and Stabilization“ (S/CRS), das in 2006 über 100 Mio. \$ verfügte. Mit der Directive 3000.5 wurden Stabilisierungsoperationen, die bisher unter Rumsfeld eher verächtlich gemacht wurden, gegenüber der früheren Hegemonie von Combat Operations deutlich aufgewertet. Ein Conflict Response Fund soll 100 Mio. \$ bekommen – Experten halten allerdings 1 Mrd. \$ für notwendig. In Erwartung einer neuen US-Administration ist auf US-Seite ein Schub an Interesse und Dynamik auf diesem Politikfeld zu beobachten;

- nicht zuletzt die deutlich wachsende Offenheit, ja sogar manchmal das regelrechte Drängen bei deutschen Militärs auf Stärkung der ZKB, insbesondere auf der Ebene Friedenskonsolidierung. Aus eigener Erfahrung sieht man immer deutlicher: Ohne effektive zivile Krisenprävention werden teure Auslandseinsätze immer häufiger nötig, ohne ausgewogene Fähigkeiten des Peacebuilding dauern militärische Stabilisierungseinsätze potenziell endlos. Damit geraten sie in Gefahr, immer weniger als Unterstützungs- und mehr und mehr als Besatzungstruppe wahrgenommen zu werden. Es ist schon eine Ironie der besonderen Art, dass Krisenprävention inzwischen am ehesten Zuspruch aus den Reihen einsatzerfahrener Offiziere - und weniger aus dem AA - erfährt.

(3) Pro + contra ZKB

(a) Die im November 2007 erschienene Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands wie auch das Friedenswort der deutschen katholischen Bischöfe aus dem Jahr 2000 betonen den Primat der Zivilen Konfliktbearbeitung im Rahmen des Konzepts des gerechten Friedens. Beide Kirchen können sich dabei auf reiche Erfahrungen mit konkreter Friedens- und Versöhnungsarbeit stützen.

(b) Nicht wenig verbreitet sind zwei Arten von Vorbehalten gegenüber ZKB: Die eine Variante wird vertreten von traditionalistischen Teilen des Auswärtigen Amtes, wonach man „so was sowieso schon immer mache.“ Hier wird das innovative Zusätzliche der ZKB gegenüber der traditionellen Diplomatie verkannt. Die andere Variante bringen Teile von Friedensbewegten vor, die die Bemühungen um ZKB wegen der

geringen Ressourcenausstattung als Alibiveranstaltung abtun und damit bei aller berechtigten Kritik die relativen Fortschritte und vor allem Chancen verkennen.

(c) Einziger großer Streitpunkt in Sachen ZKB ist das **Verhältnis zum Militär**.

Der 1. Umsetzungsbericht zum Aktionsplan Krisenprävention der Bundesregierung rechnet das Militär unterschiedslos der Krisenprävention zu. Das ist falsch, auch wenn bestimmte Kategorien von Militäreinsätzen (Militärbeobachter, Stabilisierung) zur Gewalteindämmung beitragen können.

Ein Teil von NGO's und Hilfsorganisationen wehrt sich gegen eine vereinnahmende Form von zivil-militärischer Zusammenarbeit und pocht auf Distanz und Unabhängigkeit gegenüber Militärs, das als Stabilisator gleichzeitig meist für notwendig gehalten wird.

Fundamentalere Teile von Friedensbewegung attackieren jede Form der Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Akteuren als Verrat an der Forderung, ZKB als Alternative zum Militär zu sehen. Das geht mit der Behauptung einher, heutzutage ständen alle ZKB-Aktivitäten unter dem Primat des Militärischen. Zumindest auf deutsche Verantwortungsbereiche z.B. in Afghanistan trifft das nicht zu.

Auf dieser fundamentalen Linie schwimmt auch die Partei Die Linke, die wohl immer wieder die Notwendigkeit von ZKP beschwört, sich ansonsten aber damit begnügt, die realen Fortschritte auf dem Feld der ZKP als Alibiveranstaltung abzutun. Auf konkrete Beiträge zur Weiterentwicklung der ZKP verzichtete die Linke weitestgehend. Sie begnügt sich mit einer Art von Antimilitarismus, der sich auf das pauschale und polarisierende, antiimperialistische Contra konzentriert und somit kompatibel ist zu antipazifistischen NVA-Militärtraditionen in den eigenen Reihen.

Nach aller Erfahrung in Konfliktregionen mit Bundeswehr empfiehlt es sich, nüchtern und selbstbewusst mit dem zivil-militärischen Verhältnis umzugehen. Natürlich sind die Organisationskulturen, Fähigkeiten und Potenziale verschieden und besteht das latente Risiko, dass zivilgesellschaftliche Akteure durch die bloße Organisationsmacht des Militärs beiseite gedrängt werden. Zugleich ist aber immer wieder überraschend zu erleben, wie „schwach“ und suchend die so stark erscheinenden Militärs oft sind, die um die Begrenztheit ihres Tuns wissen. Deshalb gilt es, neue Chancen zu nutzen, statt ängstlich-defensiv als erstes immer auf Abgrenzung zu achten.

(d) Hierzulande noch undiskutiert ist die Frage, wie mit der regelrechten strategischen Offensive für zivile Fähigkeiten umzugehen ist, die z.B. in der jüngsten umfassenden US-RAND-Studie „War by Other Means – building complete and balanced capabilities for counterinsurgency“ (COIN) exemplarisch zum Ausdruck kommt. Ihr Ausgangspunkt ist der überzeugend erbrachte Beweis von der verheerend-kontraproduktiven Wirkung des militärdominierten „Global War Against Terrorism“. Im Rahmen einer Strategie für „zivile Aufstandsbekämpfung“ werden good governance als Schlüsselherausforderung identifiziert und gezieltes Jobtraining, ein effizientes und faires Rechtssystem sowie Grundbildung als elementare Schritte genannt. Zivile Kapazitäten, die in Deutschland und EU den Kontexten ZKB + Statebuilding zugerechnet werden, sind in der Studie umfassend für die USA, Internationale Organisationen und Verbündete unter der Überschrift „COIN-Capacity“ aufgelistet. Hier wird das Risiko der Instrumentalisierung und Vereinnahmung von ZKB-Fähigkeiten zu anderen politischen Zwecken deutlich.

(www.rand.org/pubs/monographs/2008/RAND_MG595.2.pdf)

(4) Aktionsplan Zivile Krisenprävention - erster Umsetzungsbericht der Bundesregierung:

Ende Mai 2006 wurde der vom Kabinett gebilligte Bericht unter dem Titel „Sicherheit und Stabilität durch Krisenprävention gemeinsam stärken. Mai 2004 – April 2006“ vorgelegt. (BT-Drs. 16/1809) Bekannt gemacht über eine Routine-Pressemitteilung des AA fand das null Niederschlag in den Medien.

Erneut beeindruckt die Fülle an Aktivitäten und Maßnahmen. Vor dem Hintergrund der mageren Personalausstattung des Ressortkreises ist der Bericht eine stramme Leistung. Gegenüber den unübersichtlichen über 160 Aktionen des Aktionsplans werden jetzt Umsetzungsschwerpunkte benannt und Schwachstellen zumindest angedeutet. In der außen- und sicherheitspolitischen Diskussion steht die Förderung von Kohärenz zu Recht ganz vorne. Umso unverständlicher ist, dass in der Bundesregierung der Aktionsplan und das Weißbuch weitgehend separat voneinander entwickelt wurden und der Aktionsplan im Weißbuch nur als Anhängsel formuliert ist. Das Gebot integrierter Friedens- und Sicherheitspolitik wird somit schon in den Grundlagendokumenten nicht eingelöst. Offenkundig strittig ist die Positionierung von Aktionsplan und Weißbuch in der Hierarchie der Regierungsdokumente.

Problematisch sind zwei Erweiterungen des Präventionsbegriffs: Über die Tatsache, dass Bundesrepublik und Internationale Gemeinschaft überwiegend mit Prävention im Kontext der Konfliktnachsorge befasst sind, geht der Blick für den Nachholbedarf an Primärprävention verloren. Falsch ist die unterschiedslose Vereinnahmung von Militäreinsätzen unter Prävention. Richtig ist, dass Militäreinsätze in Gestalt von Friedensmissionen eine gewalteindämmende und –präventive Funktion haben sollen und können. Das gilt aber selbstverständlich nicht generell für Militäreinsätze. (Bei den ISAF-Kampfeinsätzen im Süden Afghanistans wird das offenkundig.) Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit wird einseitig und damit verkürzt nur aus militärischer, nicht aber EZ-, NGO- und AA-Sicht dargestellt. Unverständlich ist, warum im Aktionsplan für die Krisenprävention und politische Kohärenz so wichtige Institutionen wie Deutsche Stiftung Friedensforschung und Bundesakademie für Sicherheitspolitik keine Erwähnung finden. Nur angedeutet wird das Kernproblem mangelnder Sichtbarkeit von Krisenprävention und ihrer besseren „Vermarktung“ als strategische Herausforderung. Das größte Defizit des Berichts ist, dass für neue zivile Fähigkeiten und Kapazitäten keine Wegmarken und Headline Goals genannt werden.

Zentraler Angelpunkt für die Weiterentwicklung des Aktionsplans ist, dass der Ressortkreis über die bisherige Koordinationsfunktion hinaus Steuerungskompetenzen erhalten muss (Anbindung an Staatssekretärsebene). Dem Ressortkreis muss ein Finanzpool mit „neuem Geld“ zugeordnet werden, mit dem dringende und ressortübergreifende Maßnahmen gefördert werden können. Damit der Ressortkreis seine künftig vermehrt auch internationale Arbeit leisten kann, braucht er eine erheblich bessere personelle Ausstattung.

Von großer Bedeutung ist, dass Aktionsplan und Umsetzungsbericht ihren gebührenden Platz bei der allseits geforderten breiten gesellschaftlichen Debatte zur Friedens- und Sicherheitspolitik finden. Das geschieht bisher punktuell, aber keineswegs in der Breite.

(vgl. Stellungnahmen der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“, des Frauensicherheitsrates und des Forums Menschenrechte zum Umsetzungsbericht sowie meinen Kommentar zu 1 Jahr Aktionsplan, www.nachtwei.de)

Am 15. Dezember 2006 wurde der Umsetzungsbericht in erster Lesung im Bundestag debattiert. Nachdem die Union in der vorigen Legislaturperiode desinteressiert, die FDP lästernd mit dem Aktionsplan umgegangen war, lobten jetzt beide Fraktionen den Aktionsplan erstmalig ausdrücklich. Allein die Linksfraktion tat ihn als Alibiveranstaltung ab. Ich machte Klärungs- und Stärkungsvorschläge im o.g. Sinne. Danach ging der Umsetzungsbericht in die Ausschüsse, wurde dort aber z.T. ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Zweite Umsetzungsbericht soll im Mai/Juni 2008 erscheinen.

(5) Der Ressortkreis Zivile Krisenprävention: hat erste Projekte abgeschlossen: Die Arbeitsergebnisse des Ländergesprächskreises Nigeria wurden an die europäischen Gremien weitergeleitet. (Daniel Dückers: Pilotprojekt „Gesprächskreis Nigeria“ der dt. Bundesregierung. Ein Ansatz der inklusiven Politikentwicklung im Rahmen der zivilen Krisenprävention. Konzept, Zwischenbilanz, Empfehlungen, Juli 2005) Die RK-Arbeitsgruppe zur Sicherheitssektorreform, wozu es bisher etliche gute Einzelmaßnahmen, aber kein Gesamtkonzept gab, hat im Dezember 2006 ein „Interministerielles Rahmenkonzept zur Unterstützung von Reformen des Sicherheitssektors in Entwicklungs- und Transformationsländern“ vorgelegt. Die Arbeiten zu einem „Zivile-Einsatzkräfte-Gesetz“ dauern an. Neu ist die AG „Vernetzung in der Krisenbewältigung“. Ausgehend von Erfahrungen mit bisherigen Krisenbewältigungseinsätzen sollen Empfehlungen zur Ressortzusammenarbeit vorgelegt werden. Die vor zwei Jahren gegründete RK-AG „Rolle der Privatwirtschaft in der Zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ kam mangels Interesse wichtiger Akteure nicht voran.

(6) Der Beirat zum Aktionsplan ist mit seinen Repräsentanten aus Wissenschaft/Sicherheit/ Politikberatung (6), Entwicklungspolitik (2), Menschenrechte + humanitäre Fragen (1), Umwelt (2), Kirchen (1), Wirtschaft (3), politische Stiftungen (1), bis zu drei berufene Mitglieder und fakultative Teilnahme von FraktionsvertreterInnen breit und interessant zusammengesetzt. Im September 2007 löste Dr. Hans-Joachim Spanger (Hess.Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung) Angelika Spelten (Plattform ZKB) und Stefan Mair (Stiftung Wissenschaft und Politik) als Vorsitzende des Beirats ab. Der Beirat versteht sich als Berater und kritischer Begleiter des Ressortkreises. Beispielhaft für die anregende Funktion des Beirats war auf einer der letzten Sitzung ein Vortrag zur Bedeutung der Gesundheitspolitik für die Krisenprävention. Inzwischen bildete der Beirat Themengruppen zum Sudan und zur Vernetzung in der Krisenbewältigung.

(7) Ausgaben für Zivile Friedenspolitik:

In Teilen von Friedensbewegung herrscht die Wahrnehmung, für ZKB würden nur 14 Mio. Euro (in 2006 für den ZFD) aufgebracht, für das Militär demgegenüber 24 Mrd. Euro. Auch wenn die Diskrepanzen zwischen den militärischen und zivilen Ausgaben weiterhin krass sind, so sind die tatsächlichen Relationen doch etwas anders: Nach einer Durchsicht der Einzelpläne des AA, BMZ, BMWi, des Kanzleramtes, des Forschungsministeriums und des BMVg kommen wir nach einer Aufstellung des Büros unseres Haushälters Alex Bonde für 2007 auf eine Größenordnung von 3,268 Mrd. Euro für Maßnahmen der zivilen Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung im weiteren Sinne.

Die Militärausgaben waren mit ca. 24 Mrd. Euro demgegenüber viel höher, angesichts der besonderen Kostspieligkeit von Militär und im Vergleich zu anderen Verbündeten noch relativ „geringer“. (1,4% vom BIP; GB gibt 2,3%, FR 2,5%, RUS 2,7%

und USA 3,8% aus; hier wurden unter Rot-Grün auch erhebliche Begehrlichkeiten abgewehrt.)

Das Auswärtige Amt musste im Vergleich zur Zeit des Ost-West-Konflikts 25 Botschaften mehr mit 10 % weniger Personal (- 683 Stellen) bestreiten, abgesehen von der „kleinen“ Zunahme an Konflikten und Krisen, zu deren Eindämmung und Bewältigung Deutschland beitragen will. Der AA-Haushalt umfasste in 2006 0,95% des Bundeshaushalts (28,99 Euro/Kopf der Bevölkerung). Notwendig wäre eine Größenordnung um 1,2%!

Für 2008 wurde endlich eine Trendumkehr eingeleitet: Der AA-Haushalt wächst um 13,9% auf 2,86 Mrd. Euro und einem Anteil von 1,01% am Bundeshaushalt (2007 0,92%).

Der für die ZKB zentrale AA-Titel „Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf dem Gebiet der Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung“ entwickelte sich sehr wechselhaft: Nach 13,9 Mio. in 2004 und 17,15 in 2005 brachte der Regierungswechsel einen Rückgang auf 12,2 Mio. Nach 12,6 Mio. in 2007 wurde der Titel für 2008 auf 63,2 Mio. Euro erhöht. Davon umfasst ein neuer „Feuerwehrtopf“ für schnelle Maßnahmen 25 Mio. Euro. Es fehlt aber bisher an einer transparenten, gar abgestimmten Verwendung der krisenpräventiven Mittel aller Ressorts. In der 2. Lesung des Bundeshaushaltes 2008 am 28.11.2007 schlug der SPD-Haushälter Lothar Mark die Einrichtung eines Titels „Friedenskonsolidierung und Krisenprävention“ vor. Dieser solle 1,5 bis 2 Mrd. Euro umfassen und alle Mittel enthalten, die bisher von AA, BMI (Polizeiaufbau), BMZ und BMVg in diese Aufgaben fließen. Die Federführung solle beim AA liegen.

Bezogen auf die neuen Instrumente + Maßnahmen der ZKB wäre schon eine Aufstockungen in der Größenordnung von einigen hundert Millionen Euro insgesamt hilfreich, darin als gegriffene Zahlen z.B. + 25 Mio. für DSF, + 2 Mio. ZIF, + 30 Mio. ZFD, + 50 Mio. für einen schnellen Verfügungstopf, + 50 Mio. für CIVPOL, + 10 Mio. für Öffentlichkeitsarbeit. Das würde die ZKB sprunghaft nach vorne bringen.

(8) Einzelne Maßnahmen und Instrumente:

(α) Äußerst viel versprechend entwickelt sich das **Zentrum Internationale Friedenseinsätze/ZIF**, das mit seiner Kombination von Ausbildung/Rekrutierung, Einsatzbegleitung und Analyse über Jahre weltweit einmalig da stand – mit 17 Beschäftigten! Sehr anschaulich und informativ ist die im Januar 2006 vom ZIF herausgegebene und im März 2007 aktualisierte Wandkarte „Friedensmissionen 2007“ mit ihren jeweiligen militärischen, polizeilichen und zivilen und deutschen Anteilen. Die Karte gibt einen guten Eindruck von der Dimension der Stabilisierungsherausforderungen. Der Expertenpool des ZIF umfasst inzwischen über 1.000 Personen. Das Kernproblem ist, die richtigen Leute zur richtigen Zeit zu bekommen. Die Leistungen, Probleme und dringenden Notwendigkeiten des ZIF sind im Strategiepapier 2007 vom Mai auf den Punkt gebracht. Das anfänglich in seiner Kombination von Training, Rekrutierung/Betreuung und Analyse/Lessons Learned weltweit einmalige ZIF ist inzwischen nicht mehr einzigartig. Die schwedische Schwester-Einrichtung gilt nicht zuletzt wegen besserer Mittelausstattung inzwischen als Spitzenreiterin.

Mit seinen regelmäßigen Gesprächsrunden mit Spitzenexperten aus internationalen Friedensmissionen ist das ZIF inzwischen ein zentraler Ort der ressortübergreifenden Reflexion von Friedensmissionen. (www.zif-berlin.org)

(b) Polizeimissionen/CIVPOL: Enorm wächst die Nachfrage auf dem Feld der Sicherheitssektorreform in schwachen, versagenden Staaten. Vor allem der Aufbau einer einigermaßen rechtsstaatlichen Polizei und Justiz hat dabei strategische Bedeutung.

Beim Besuch des Instituts für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (IAF), Dezernat 13/Auslandseinsätze in Brühl bei Köln Anfang Dezember 2007 zusammen mit Monika Düker/MdL wurden uns die rasanten Entwicklungen auf dem Feld polizeilicher Auslandseinsätze geschildert. Seit die EU ein wesentlicher Akteur ist, haben sich die Anforderungen an Polizeimissionen grundlegend gewandelt: weg von Exekutivfunktionen wie im Kosovo hin zu kleineren Beratungs- und Monitoring-Missionen. Angefragt werden aus Brüssel in der Regel Spezialisten. Eine militarisierte Polizei wird den gestiegenen Anforderungen immer weniger gerecht. Hinzu kommt der wachsende Zeitdruck: Manchmal sollen erste Kräfte binnen 20 Tagen rausgehen.

Mit Stand vom 8.12.2007 sind 227 dt. Polizeivollzugsbeamte in Auslandseinsätzen, davon 146 UNMIK/Kosovo, 26 EUPOL/AFG, 10 PGPAA/AFG, 15 EUPM BuH, 9 EUBAMMD/ Border Assistance Moldawien, 7 UNMIS/Sudan, 5 UNMIL/Liberia, 4 EU AMIS II/Darfur, 3 UNOMIG/Georgien, je 1 Polizist EUBAM Rafah und EUCOPPS/Palästina. (In 2001 waren 550 Polizisten im Einsatz)

Im Rahmen des Zivilen Krisenmanagements der EU sind 5.000 Polizisten vorgesehen, davon sollen bis zu 1.000 binnen 30 Tagen einsatzbereit sein. Deutschland hat hierfür 910 Beamte zugesagt. Im Hinblick auf Rotationen läuft das auf ca. 3.000 einzuplanende Beamte hinaus. Der Bund stellt 33% des dt. EU-Kontingents, ab 451 50%.

Die Ausbildung + Einsatzvorbereitung ist im Länderverbund organisiert: Nord (Lübeck) umfasst Niedersachsen bis Brandenburg, Mitte (Brühl) NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen, Sachsen, Süd (Wertheim) Bayern, Hessen, Baden-Württemberg. Das zweiwöchige Basistraining läuft in den Länderverbänden. Die Schweiz, die Niederlande und Luxemburg schicken alle ihre Leute nach Brühl, wo die ganze Ausbildung in Englisch stattfindet. Die einwöchige Einsatzvorbereitung ist zwischen den drei Ausbildungsstätten aufgeteilt. Brühl ist für Kosovo zuständig. Ab 3.12.2007 führte das IAF gemeinsam mit der Schwedischen Nationalen Polizeiakademie den ersten „EU-Train-the-Trainer-Course“ durch.

(www.police-mission.de; www1.polizei-nrw.de/auslandseinsatze; hier auch der Dokumentarfilm „Einsatz in Afghanistan. Von Mostar bis Monrovia – Auslandseinsätze der Polizei NRW“, 50 Min.)

Gerade in Sachen Polizeiaufbau gelten die deutschen Beiträge qualitativ als ausgezeichnet. Die Diskussion um den so vordringlichen wie zurückbleibenden Polizeiaufbau in Afghanistan zeigt aber auch, dass der Umfang der deutschen Beiträge unzureichend ist. Der Polizeihilfe im Rahmen der VN + EU fehlt es bisher an politischer Begleitung und Förderung hierzulande. (vgl. mehrere Anfragen und Anträge der Grünen Bundestagsfraktion dazu)

(c) Das Projekt zivik (Zivile Konfliktbearbeitung) des Instituts für Auslandsbeziehungen wurde im Oktober 2006 fünf Jahre alt. 2001 entstand zivik aus der Öffnung des AA-Haus-haltstitels „Friedenserhaltende Maßnahmen (FEM)“ für zivilgesellschaftliche Projekte. Bis Ende 2007 wurden ca. 400 Projekte gefördert. 2007 waren die die meisten bewilligten Projekte in Afrika und Asien. Für 2008 steigen die Haushaltsmittel von 2,1 auf 4 Mio. Euro. Neben diesem erfreulichen Aufwuchs bleibt das Dauerproblem mangelnder Planungssicherheit angesichts jährlicher Zuwendungen und fehlender Verpflichtungsermächtigungen. Unter www.ifa.de/zivik finden sich 24 Good Practise Projekte. Das im Wochenschau-Verlag erschienene Buch „Frieden

und Zivilgesellschaft. Programm, Praxis, Partner. 5 Jahre Förderprogramm zivile Konfliktbearbeitung“ schildert das anschaulich. Der Anteil einheimischer Träger unter den Geförderten ist erheblich und wächst weiter. Ich selbst kenne etliche dieser Projekte, mit denen Friedenspotenziale gestärkt werden. Es sind Inseln der Hoffnung mit tollen Leuten.

(d) Ziviler Friedensdienst: Die Jahrestagung des European Network for Civil Peace Services (EN.CPS) und der Nonviolent Peaceforce Europe am 20.-26. April 2007 in Berlin verdeutlichte, was sich auf dem Feld der Zivilen Friedensdienste inzwischen getan hat. Vor genau elf Jahren begann in Frille bei Minden der erste, von der rotgrünen Landesregierung NRW unterstützte Ausbildungskurs in Ziviler Konfliktbearbeitung. Jetzt trifft sich das europaweite Netzwerk dazu in den Räumen des Bundestages, sind im Rahmen des vom BMZ geförderten ZFD weltweit 150 Friedensfachkräfte im Einsatz. Als Träger des ZFD sind im Konsortium ZFD zusammengeschlossen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden/AGDF, AG für Entwicklungshilfe AGEH, Christliche Fachkräfte International, Dt. Entwicklungsdienst/ded, Ev. Entwicklungsdienst/EED, Eirene, forumZFD und Weltfriedensdienst. Im März 2007 wurde das forumZFD als Entsendeorganisation anerkannt.

Der ZFD-Haushaltstitel beim BMZ stieg von 17 Mio. Euro in 2007 auf 19 Mio. Euro 2008. Dieser Zuwachs bleibt weit hinter dem Notwendigen zurück: Wenn der ZFD endlich von einem Pilotprojekt zu einem über die Mikroebene hinaus wirksameren Instrument werden soll, dann wären ca. 500 Friedensfachkräfte, also 40-45 Mio. Euro notwendig. Hierfür fehlt offenkundig der politische Wille.

Die Akademie für Konflikttransformation im forumZFD vermittelt in Kursen, Workshops und Seminaren Kenntnissen und Fähigkeiten für nachhaltige Friedensarbeit im In- und Ausland. Neben dem viermonatigen Qualifizierungskurs „Friedensfachkraft/Konfliktberater“ stehen im 1. Halbjahr u.a. Themen wie Transitional Justice, gender in conflict + conflict transformation, Mediation im interkulturellen Kontext, Friedensjournalismus auf dem Programm.

(www.akademie@forumZFD.de)

Das forumZFD gibt vierteljährlich die Zeitung „Frieden braucht Fachleute“ heraus. Die Ausgabe 3/2007 wurde durch unsere Vermittlung erheblich von der Heinrich Böll Stiftung unterstützt. Jürgen Trittin steuerte den Aufmachertitel „Friedenspolitik braucht erneuerbare Energien“ bei. Informativ und anschaulich ist die Ausstellung „Frieden braucht Fachleute“, die seit Jahren erfolgreich durchs Land tourt. (Katalog unter www.forum.zfd.de)

Organisiert vom forumZFD und örtlichen Partnern fanden 2007 in Aachen, Augsburg, Berlin, Bonn, Bremen, Freiburg, Hamburg, Münster, Nürnberg Friedensläufe mit mehr als 13.000 LäuferInnen statt. Beim 6. Friedenslauf in Aachen nahmen mehr als 3.000 Kinder und Jugendliche teil. (www.run4peace.eu)

Ein Kernproblem zivilgesellschaftlicher Träger des ZFD ist die Schere zwischen Zunahme der entsandten Friedensfachkräfte, die durchs BMZ finanziert werden, einerseits und geringen organisatorischen Kapazitäten, die hauptsächlich aus Eigenmitteln bestritten werden müssen, andererseits. Im Unterschied zu Umwelt-, Entwicklungs- und Hilfsorganisationen ist aber die private Spendenbereitschaft auf dem Feld der Friedensarbeit und -politik relativ gering.

Bei jüngsten Besuchen auf dem Balkan und auch in Afghanistan hörte ich immer wieder die selbstkritische Feststellung, die Internationale Gemeinschaft habe sich in ihren Aufbauunterstützungen in den letzten Jahren viel zu sehr auf den top-down-

Ansatz fixiert und den bottom- up-Ansatz vernachlässigt. Abgesehen davon, dass das schon vor zwölf Jahren unsere ständige Rede war – in Afghanistan finanziert das BMZ zzt. 10 ZFD-Stellen. Am Beispiel der Arbeit der ZFD-Mitbegründerin Cornelia Brinkmann in der afghanischen Nordostprovinz Badaghshan wird plastisch und beeindruckend deutlich, was Peacebuilding in einer traditionellen Gesellschaft bedeutet und welche enorme Reichweite schon eine Friedensfachkraft in einem Netz einheimischer NGO's haben kann. Die OXFAM-Studie „Community Peacebuilding in Afghanistan – The Case for a National Strategy“ vom Februar 2008 belegt die Schlüsselrolle der lokalen Friedensförderung, ihre Erfolge und ihren Verstärkungsbedarf.

(www.peace-building.org; www.ziviler-friedensdienst.org,
www.oxfam.de/download/AFG_Peacebuilding_E.pdf)

Editorial der Zeitung des Forum ZFD „Frieden braucht Fachleute“ 3/2007:

„Liebe Leserinnen und Leser,

bei der gegenwärtigen Afghanistan-Debatte fällt mir ein merkwürdiger Gegensatz auf:

Einerseits sagen fast alle, dass Militär dort keine Lösung bringen kann und die Aufbauanstrengungen massiv gestärkt gehören. Andererseits kreisen öffentliche Diskussionen fast nur um die Bundeswehr. Eine bemerkenswerte Militärfixiertheit – und das auf allen Seiten.

Anfang 2004 traf ich im nordafghanischen Kunduz zufällig Angelika Spelten. Sie erkundete dort die Möglichkeiten zum Einsatz von Friedensfachkräften. Als langjähriger Unterstützer des Projekts Ziviler Friedensdienst freute ich mich über das Vorhaben. Zugleich war ich reichlich skeptisch: War das Vorhaben nicht blauäugig angesichts einer so traditionellen, männerdominierten und gewaltträchtigen Gesellschaft?

Ganz und gar nicht, wie ich seitdem erfuhr. Zum Beispiel von Cornelia Brinkmann, die als einzige Internationale mit einheimischen Nichtregierungsorganisationen im wilden Badaghshan arbeitete: friedliche Konfliktbearbeitung einüben im Dorf, in der Großfamilie, im Distrikt, auf gleicher Augenhöhe mit den einheimischen Frauen, Lehrern, Mullahs.

Frappierend war, wie viele Menschen dabei erreicht wurden. Solche FriedensmacherInnen habe ich in vielen Krisenländern erlebt. Aber solche klugen, mutigen, motivierenden Profis fallen nicht vom Himmel, sie brauchen Ausbildung und Unterstützung - durch die Politik wie durch die Zivilgesellschaft. Deshalb bin ich Mitglied im Forum Ziviler Friedensdienst.

Winfried Nachtwei, MdB“

Die Nonviolent Peaceforce (NP) ist ein Zusammenschluss von ca. 90 Mitgliedsorganisationen (in Deutschland forumZFD, Bund für Soziale Verteidigung) mit dem Ziel, eine internationale, gewaltfreie und zivile Friedens“armee“ aufzubauen, die auf Anfrage in Krisengebiete entsandt werden kann. Langfristig sollen hierfür mehrere Tausend Friedensfachkräfte in gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung ausgebildet werden und in Krisengebieten arbeiten. Die NP geht von den Erfahrungen und Erfolgen gewaltfreier internationaler Interventionen im kleineren

Maßstab aus und versucht diese für größere Maßstäbe weiterzuentwickeln. NP konzentriert sich auf die unmittelbare Gewaltverhinderung durch schützende Begleitung, internationale Präsenz, kritisches Beobachten (Monitoring), beschützendes Dazwischentreten, Informationstransfer, Beratung und Training.

(e) Die Gruppe Friedensentwicklung/FriEnt ist ein Zusammenschluss aus BMZ, Evangelischem Entwicklungsdienst/EED, GTZ, Heinrich Böll Stiftung, Misereor, Konsortium ZFD, Plattform ZKB/Institut für Frieden + Entwicklung/INEF. FriEnt soll die Friedensförderung besser in der Entwicklungszusammenarbeit verankern. Schwerpunktthemen sind Transitional Justice (Recht, Strafverfolgung oder Amnestie, Aufarbeitung nach Konflikten), Perspektiven Entwicklungspolitischer Bildungsarbeit und Prävention (Umsetzung von Early Warning und Early Action). Sehr hilfreich ist der monatliche Info-Dienst „Impulse“. (www.frient.de)

Dieselbe Zielsetzung verfolgt das **gtz-Sektorvorhaben Krisenprävention** in der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Zusammen mit den Sektorvorhaben Kleinwaffenkontrolle, Sicherheitsektorreform, Bildung + Konfliktbearbeitung gibt es den halbjährlichen Newsletter SPICE (Securing Peace in Crisis Environments) heraus.

In dem „Übersektoralen Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – eine Strategie zur Friedensentwicklung (Strategy for Peacebuilding)“ vom Juni 2005 nennt das BMZ Arbeitsschritte für einen strategischen Einsatz der Entwicklungszusammenarbeit für die Friedensentwicklung.

(f) Deutsche Stiftung Friedensforschung: Die DSF förderte seit 2001 vierzig größere Forschungsvorhaben in den Schwerpunkten Friedensvölkerrecht und Internationale Organisationen, Konflikt- und Krisenprävention, Intervention in Gewaltkonflikte, Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Friedenspädagogik sowie ca. 90 Kleinprojekte. Die Struktur- und Nachwuchsförderung besteht aus den Teilprogrammen sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge, postgradualer Masterstudiengang des Kooperationsverbundes dt. Friedensforschungsinstitute, strukturierte Promotionsförderung und Stiftungsprofessur im Bereich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung an der Uni Hamburg. Darüber hinaus fördert die DSF Publikationen wie das jährliche Friedensgutachten und die Zeitschriften „Die Friedens-Warte“ und „Wissenschaft & Frieden“.

Die jährlichen Parlamentarischen Abende der DSF in Berlin sind ein High-Light des Austausches zwischen praxisorientierter Friedensforschung und Politik und ein Treffpunkt der ZKB-Community, so zuletzt mit dem Thema „Was können multilaterale Friedensmissionen beim Wiederaufbau staatlicher Strukturen in Krisengebieten leisten? Erfahrungsbilanz für Entsende- und Zielländer“ im Oktober. (www.bundesstiftung-friedensforschung.de)

Ein Grundproblem ist die regelrechte Zerschlagung der wissenschaftlichen Regionalforschung an den Unis in den letzten Jahren. Wo Friedenssicherung und Friedensförderung aber immer offenkundiger auf Regional- und Lokalexpertise in Krisenländern angewiesen ist, da mangelt es inzwischen flächendeckend an Kompetenz und Erfahrung. Dieses Großversagen der Wissenschaftspolitik kann durch die DSF auch nicht annähernd ausgeglichen werden.

(g) Frauen, Frieden + Sicherheit: Die Bundestagsfraktion brachte den umfassenden Antrag „UN-Resolution 1325 – Frauen, Frieden und Sicherheit – Nationaler Aktions-

plan zur Strategischen Umsetzung“ (Drs. 16/4555 vom 7.3.2007) unter Federführung von Kerstin Müller in den Bundestag ein. Nach den Erfahrungen mit der nationalen Umsetzung der Resolution 1325, angesichts der Beispiele von Großbritannien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Kanada und Schweiz sowie der Vorklage des „Systemweiten Aktionsplans 2005 bis 2007“ durch den UN-Generalsekretär in 2005 fordert der Antrag die Aufstellung eines nationalen Aktionsplans zur strategischen Umsetzung der Resolution 1325. Zurzeit befindet sich der Antrag noch in der parlamentarischen Beratung.

(h) Friedensjournalismus: Die Anziehungskraft von bad news und Gewaltthemen einerseits, die schwere mediale Verkäuflichkeit der ZKB als komplexe good news und die „Unsichtbarkeit“ ihrer Erfolge andererseits sind weiterhin strategische Handicaps. Die Folge davon ist, dass die breite Zustimmung zur ZKB meist auf der Gesinnungsebene, damit politisch-praktisch ziemlich folgenlos bleibt und das Entstehen einer wirksamen Lobby für ZKB behindert wird. Der verbreitete Konsens in Sachen ZKB und der damit fehlende Streitfaktor erschweren darüber hinaus Aufmerksamkeit für ZKB. Auffällig ist zugleich, wie gering auch bei der überschaubaren Schar sicherheitspolitischer Journalisten Interesse an und Kenntnis über ZKB sind. (Diskussionslose Zustimmung zur und freundliches Desinteresse an ZKB erlebe ich übrigens auch in breiten Teilen der heutigen Friedensbewegung, auch bei den Grünen und beim jüngsten Streit um grüne Friedenspolitik. Zu 90% geht es immer wieder um Militärfragen.)

Angesichts dieser strukturellen Erschwernisse ist professionelle Öffentlichkeitsarbeit für ZKB umso wichtiger. Das vom AA unter Rotgrün über drei Jahre durch unsere Mithilfe maßgeblich geförderte Peace Counts Project („Die Friedensmacher“ von Michael Gleich und Petra Gerster; www.peacecounts.org) brachte einen tollen Sprung nach vorne zu einer spannend-attraktiven Friedensberichterstattung. Inzwischen ist die „Phase II“ der „tour de paix“ angelaufen: Die Peace-Counts-Reportagen über erfolgreiche und faszinierende „Friedensmacher“ und konstruktive Konfliktlösungen weltweit sollen nun im Laufe von drei Jahren in insgesamt 12 Konfliktregionen zurücktransportiert werden. Erste Station des Programms aus Ausstellung, Workshops mit Lehrern und Multiplikatoren war Sri Lanka. Die Resonanz war bestens.

(Partner von Peace Counts Project sind das Bonn International Center for Conversion, das Projekt zivik des Instituts für Auslandsbeziehungen, die GTZ, das Institut für Friedenspädagogik, die Agentur Zeitempiegel, die Dt. UNSECO-Kommission, der WDR, Paul Hahn Fotografie und „zivil“, die Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit der evangelischen Zivildienstseelsorge. Auf www.peace-counts.org und der CD-Rom „Die Erfolge der Friedensmacher“ sind best practise Beispiele zu finden aus Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Brasilien, Deutschland, Georgien, Israel/Palästina, Japan, Mali, Mazedonien, Nordirland, Österreich, Philippinen, Ruanda, Sri Lanka, Sudan, Südafrika, Tansania, Türkei, Uganda, USA, Zypern. „Peace Counts on Tour – Peace Education in Conflict Regions“, Station Colombo/Sri Lanka Feb 2007, Documentation und Bericht)

Um zu einem Durchbruch für die ZKB-Popularisierung zu kommen, bedarf es aber noch ganz anderer, vor allem ressortübergreifender Anstrengungen. Dieses muss ein Schlüsselprojekt der weiteren Umsetzung des Aktionsplans werden. Der Umsetzungsbericht kündigt hierzu eine Kommunikationsstrategie an. Schritte dazu sind mir nicht bekannt.

Ausgehend von meinem Folienvortrag zu „Gewaltminderung und Friedensförderung“ habe ich hierzu eine Foto-CD in Arbeit.

Ein völlig offenes Problem ist, wie medial vermittelten Konflikteskalationen entgegengewirkt, wie zumindest ein eigenes ungewolltes Anheizen vermieden werden kann. Immerhin können globale Lauffeuer wie der Karikaturenstreit das binnen Wochen millionenfach wegspülen, was anderweitig in mühsamer Verständigungsarbeit aufgebaut wurde.

(i) Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (www.konfliktbearbeitung.net)

Die Plattform ist ein offenes Netzwerk zur Förderung der ZKB in Deutschland. Sie wurde 1998 von 14 Organisationen und 60 Einzelpersonen gegründet. Heute beteiligen sich 130 Einzelpersonen und 53 Organisationen und Gruppen an der Plattform. Hoffnung machten bei der Jahrestagung der Plattform im Februar 2007 die gute Teilnehmerzahl und der hohe Anteil Jüngerer. Die nächste Jahrestagung findet am 4.-6.4.2008 in Bonn statt unter dem Thema "Friedensfähigkeit auf dem Prüfstand. 10 Jahre Plattform ZKB".

Unterstützt von der Plattform, der AGDF, dem Bund für Soziale Verteidigung, der DFG/VK, dem forumZFD, der Kooperation für den Frieden u.a. entsteht zzt. die **Kampagne „Vorrang für Zivil“**, die Druck entwickeln will für den Vorrang ZKP und gewaltfreier Konfliktlösung und für eine Stärkung der dafür notwendigen Kapazitäten. Der Forderungskatalog benennt wesentliche Schritte. (Gründungsversammlung 18.2.2008)

(j) Wirksamkeitsanalysen/Evaluation ist ein Dauerthema in der ZKB und für Maßnahmen der ZKB ständige Praxis. So wurde schon im Juni 2002 eine Gesamtevaluierung des Zivilen Friedensdienstes vorgelegt, die von 15 unabhängigen GutachterInnen durchgeführt worden war. Das Gutachten kam zu insgesamt positiven Ergebnissen und betonte, dass die Ziele des ZFD mittelfristig nur dann wirksam erreicht werden könnten, wenn er über genügend „kritische Masse“ verfüge. Diese setze eine deutliche Steigerung der ZFD-Mittel auf jährlich 50 Mio. Euro (d.h. 500 Friedensfachkräfte gleichzeitig) voraus.

Sehr ergiebig war die die Tagung „Tun wir das, was wir tun, richtig? Tun wir das Richtige? Evaluation in der zivilen Konfliktbearbeitung“ im April 2005 in der Ev. Akademie Loccum. (vgl. Loccumer Protokolle 14/05; mein Beitrag dazu unter www.nachtwei.de)

Barbara Müller vom Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung/Wahlenau veröffentlichte 2007 die 44-seitige Handreichung „Gewaltfreie Interventionen Planen und Anpassen (GIPA)“ als neues Planungs- und Evaluierungsinstrument für NGOs, die in Krisenregionen Konfliktinterventionen durchführen. GIPA entstand aus der Begleitung der Auslandsarbeit des Bundes für Soziale Verteidigung, wurde von der Berghof-Stiftung mit einer Anschubfinanzierung gefördert und orientiert sich konzeptionell an den Vorschlägen des Friedensforschers und –praktikers John Paul Lederach („Infrastructure for Peacebuilding“ 1997).

Eine aufschlussreiche regionale Wirksamkeitsanalyse zu Friedenssicherung und Aufbau insgesamt legte im Februar 2008 ein Forscherteam der FU Berlin, Sonderforschungsbereich 700, mit einer Studie zu „Internationalen Akteuren in Nordostafghanistan“ vor. Hier wurde die Einstellung der Bevölkerung zu Sicherheit, Aufbau und verschiedenen Akteuren (internationale Truppen und Entwicklungshelfer, Regierung, Warlords und lokale Strukturen) ermittelt.

(9) ZKB auf EU-Ebene

(a) Bis heute wird oft übersehen, dass die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht nur eine militärische, sondern auch eine zivile Komponente hat. Von 16 ESVP-Missionen weltweit sind 13 ziviler Natur. Bei den zivilen ESVP-Missionen handelt es sich nicht um traditionelle diplomatische, wirtschaftliche etc. Mittel, sondern um wenige auf Krisenbewältigung spezialisierte Instrumente: Polizeikräfte, Experten für den Aufbau von Administrationen + Rechtsordnungen, von Beobachtern und Katastrophenschutzexperten. Insgesamt sind der EU 11.331 Fachleute als verfügbar für ESVP-Missionen gemeldet. Die Spannweite reicht von der sehr erfolgreichen Aceh-Mission bis zu der über ein dreiviertel Jahr stagnierenden und inaktiven Polizeimission in Afghanistan EUPOL. Gegenwärtig wächst mit EU-LEX (Kosovo) die bisher größte zivile ESVP-Mission auf. Von den bis zu 1.600 MitarbeiterInnen sollen ca. 900 PolizistInnen sein.

(b) **Ziviles Planziel (Civilian Headline Goal/CHG):** Mit den EU-Gipfeln in Helsinki und Feira 1999/2000 begann der Ausbau von Fähigkeiten der nicht-militärischen Krisenbewältigung. Bei der nicht-militärischen Säule konnte auf ein breites, bisher aber wenig koordiniertes Spektrum an Instrumenten zurückgegriffen werden. Als prioritäre Bereiche wurden festgelegt Polizei, Rechtsstaatlichkeit, Zivilverwaltung und Bevölkerungsschutz. Mit dem „Programm zur Verhütung gewaltsamer Konflikte“ (Göteborg 2001) wurde nicht-militärische Krisenbewältigung zu einem außenpolitischen Schwerpunkt der EU. Der Aktionsplan für die zivilen Aspekte der ESVP (2004) definierte ein Ziviles Planziel (Civilian Headline Goal) 2008: knapp 6.000 Polizisten, 631 Rechtsexperten, 576 Verwaltungsexperten, Rechtsexperten, 5.000 Fachleute für den Katastrophenschutz, dazu 516 Krisenbeobachter und 444 Experten für Menschenrechte, politische Fragen, Gender und Sicherheitssektorreform zur Unterstützung der EU-Sonderbeauftragten. Deutschland hatte im 2.Halbjahr 2007 gemeldet 910 Polizisten, 38 Rechtsstaatspersonal, 73 Fachleute für Zivile Verwaltung, 123 für Bevölkerungsschutz, 48 Überwachung, 20 für EUSR-Unterstützung, 36 für Missionsunterstützung.

Inzwischen haben die Arbeiten für das neue zivile Planziel CHG 2010 begonnen.

Der Vorschlag zur Gründung eines **European Civil Peace Corps (ECPC)** kam 1994 von Alexander Langer, MdEP der Grünen. 2001 forderte das EP den Aufbau eines Friedenskorp. 2004 erschien dazu eine Machbarkeitsstudie als Projekt des Berghof Zentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung/Berlin und des International Security Information Service, Europe. (Catriona Gourlay: Feasibility Study on the European Civil Peace Corps, Berlin/Brüssel 2004)

(c) Das am 1. Januar 2007 in Kraft getretene **EU-Stabilitätsinstrument** eröffnet neue Möglichkeiten zur Finanzierung von Maßnahmen des zivilen Krisenmanagements. Es geht zurück auf einen Bericht der Grünen Europaabgeordneten Angelika Beer, der nach anderthalb Jahren teils zähen Verhandlungen mit Rat und Kommission im Juli 2006 vom EP mit großer Mehrheit angenommen wurde. (www.angelika-beer.de)

Es gehört zu insgesamt acht Instrumenten der außenpolitischen Aktivitäten der EU-Kommission. Mit dem Stabilitätsinstrument soll rasch, flexibel und kohärent auf Krisenfälle in Drittländern reagiert werden können. Die außerordentlichen Hilfsmaßnahmen und Interimsprogramme gehen über maximal 18/24 Monate und betreffen 16 Anwendungsbereiche wie vertrauensbildende Maßnahmen, Wiederaufbau von Infrastruktur, Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Staatsorgane, Förderung der Menschenrechte, Demilitarisierung/Demobilisierung und Reintegration (DDR), Minenräumung und Hilfe für Minenopfer. Das Stabilitätsinstrument sieht

zweitens langfristige Maßnahmen vor: z.B. bei Bedrohungen von Recht und Ordnung (Terrorismus und Organisierte Kriminalität), zum Aufbau von Kapazitäten der Frühwarnung, Vertrauensbildung, Aussöhnung und Wiederaufbau nach Konflikten und Katastrophen. Hierunter fällt auch die Förderung der „Peace Building Partnership“. Mit dieser sollen Kapazitäten nicht-staatlicher Akteure aufgebaut und Kommunikation + Austausch zwischen ihnen, internationalen Organisationen und EU-Institutionen verbessert werden. Schwerpunkte des Annual Action Plan 2007 sind Kapazitätenausbau und Frühwarnung, Best Practices und Erfahrungsaustausch, Teilnahme an Internationalen Netzwerken. Dafür stehen 3,35 Mio. Euro zur Verfügung.

Generell sollen bei dem neuen Instrument die spezifischen Belange von Frauen in allen Aktionsfeldern berücksichtigt und alle Anti-Terror-Maßnahmen unter strikter Einhaltung der Menschenrechte durchgeführt werden. (vgl. FriEnt Briefing Nr. 7: Das EU-Stabilitätsinstrument und die Peace Building Partnership)

Das Stabilitätsinstrument ist für den Zeitraum 2007-2013 mit 2,062 Mrd. Euro ausgestattet, das Instrument Entwicklungskooperation mit 17 Mrd., die Humanitäre Hilfe mit 5,6 Mrd.

(d) Rolle der Zivilgesellschaft (RoCS): Die Jahrestagung der Plattform ZKB am 2./3. Februar 2007 in Berlin stand unter dem Thema „Civil Society + Civilian Crisis Management“. Martina Weitsch (EPLO und Quaker Council) referierte über „Göteborg plus 5 – Neue Potenziale und neue Instrumente für eine krisenpräventive Politik“ auf EU-Ebene, Anne Palm über RoCS („Role of Civil Society in European Civilian Crisis Management“). RoCS I wurde unter der finnischen Präsidentschaft 2006 angestoßen. Im Rahmen des Projekts RoCS II wurde von Oktober 2006 bis August 2007 untersucht, wie die Zusammenarbeit zwischen EU und europäischen NGOs bei der Lösung gewaltsamer Konflikte verbessert werden kann. Ausgangspunkt waren Länderfallstudien zur Demokratischen Republik Kongo und zu Somalia. Das Projekt wurde gemeinsam vom AA, der Crisis Management Initiative (CMI), dem European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) und der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Im Juni 2007 fand in Berlin die Abschlusskonferenz „Partners in Conflict Prevention and Crisis Management: EU and NGO Cooperation“ mit 140 TeilnehmerInnen statt. Erarbeitet wurden Empfehlungen an die EU-Präsidentschaften, den Rat der EU, die Europäische Kommission und die Europäischen NGOs. (vgl. den 47-seitigen Abschlussbericht der Berliner Konferenz „Partners in Conflict Prevention and Crisis Management“: EU and NGO Cooperation“, Gütersloh Oktober 2007)

Die Schattenseite: Im Rahmen der dt. EU-Präsidentschaft beschränkte die Bundesregierung ihre Aktivitäten zur ZKP weitgehend auf den RoCS-Prozess. Während des dt. G8-Vorsitzes zeigte die Bundesregierung diesbezüglich keine Initiative. Der lautstarke Einsatz vor allem des Verteidigungsministers für den „comprehensive approach“ in Afghanistan ist da kein Ausgleich.

EPLO ist die Plattform für NGOs, NGO-Netzwerke und think tanks, die auf dem Feld des Peacebuilding arbeiten und unter Entscheidungsträgern der EU eine Politik des nachhaltigen Peacebuilding fördern wollen. (www.eplo.org)

(10) ZKB auf globaler + UN-Ebene:

(α) 2. Bericht des VN-Generalsekretärs Kofi Annan „Fortschrittsbericht über die Verhütung bewaffneter Konflikte“ vom 8.7.2006:

Er stellt fest, dass in den VN eine Kultur der Prävention Fuß zu fassen beginne. Es gebe einige Anzeichen, dass die Zahl und Schwere bewaffneter Konflikte weltweit rückläufig sei und dass dies „zu großen Teilen auf stark angestiegenen internationalen Aktivismus auf dem Gebiet der Konfliktprävention, der Friedenssicherung und der Friedenskonsolidierung zurückzuführen ist“. Manche Mitgliedsstaaten hätten damit begonnen, sich mit dem unverzichtbaren Konzept nationaler Friedensinfrastruktur zu beschäftigen. Das System der UN habe wichtige Instrumente und Mechanismen für die Zusammenarbeit bei der Konfliktprävention entwickelt. Nach wie vor bestehe „im Bereich der Konfliktprävention aber eine nicht hinnehmbare Kluft zwischen Worten und Taten. (...) Nur zu oft wendet die internationale Gemeinschaft enorme Summen dafür auf, Brände zu löschen, die wir rückblickend leichter durch rechtzeitige Präventivmaßnahmen hätten verhindern können, bevor das Leben so vieler Menschen verloren oder auf den Kopf gestellt wurde.“

Der Bericht beinhaltet: systemische, länderspezifisch strukturelle und operative Maßnahmen zur Behebung von Spannungsursachen; Maßnahmen dieser drei Ebenen zur Stärkung friedensfördernder Normen und Institutionen; Mechanismen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten; Empfehlungen; Überprüfung zur Konfliktpräventionskapazität der UN.

Seit 2004 koordinierte der dt. Diplomat Dr. Detlev Wolter mehrere Jahre zusammen mit der Schweiz den „Freundeskreis für Krisenprävention“ in der UN. (D. Wolter: „A United Nations for the 21st Century: From Reaction to Prevention“, Nomos-Verlag 2007)

(b)The Global Partnership for the Prevention of Armed Conflict (GPPAC) wurde 2003 in Reaktion auf den Kofi Annans Bericht „Prevention of Armed Conflict“ von 2001 gegründet. Sie ist ein weltweites zivilgesellschaftliches Netzwerk für einen neuen internationalen Konsens über Peacebuilding und die Vorbeugung gewaltsamer Konflikte. Mehr als 1.000 Civil Society Organizations nahmen an dem GPPAC-Prozess zur Erarbeitung der „People Building Peace: A Global Action Agenda for the Prevention of Violent Conflict“ beteiligt. Das Schlussdokument wurde auf der Weltkonferenz der GPPAC im Juli 2005 in den VN in New York verabschiedet. Die Konferenz wurde maßgeblich von der rotgrünen Bundesregierung mitfinanziert und politisch unterstützt.

GPPAC legte 2006 zusammen mit Nuclear Age Peace Foundation und World Federalist Movement den umfassenden Vorschlag zu einem „United Nations Emergency Peace Service to Prevent Genocide and Crimes Against Humanity“ vor. Ausgehend von der Responsibility to Protect soll UNEPS ein stehender Peacekeeping-Verband der VN mit 12.-15.000 Personen zur Verhütung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sein. Die Mitglieder des US-Repräsentantenhauses Albert Wynn (Dem) und James Walsh (Rep) haben dazu eine Resolution eingebracht. Eine internationale Koalition von 35 Organisationen, darunter Human Rights Watch, unterstützt UNEPS.

(c) Das EastWest Institute in Brüssel betreibt seit 2006 ein **Conflict Prevention Program**, das von dem deutschen Diplomaten und ehemaligen AA-Krisenbeauftragten Ortwin Hennig geleitet und von der Schweizer und der deutschen Regierung gefördert wird. „Preventive Diplomacy has become an imperative for the international community: prevention of conflicts, stability and peace is a moral imperative, an economic necessity, a humanitarian must, and a political obligation. Preventive diplomacy is difficult, but it is possible. And it is timely: Iran, Iraq, Afghanistan, Lebanon show there are no military solutions to conflict.“ Im Frühjahr 2007 wurde

eine "International Task Force on Preventive Diplomacy", ins Leben gerufen, der 17 renommierte Persönlichkeiten u.a. aus Südafrika, Israel, Palästina, Großbritannien, El Salvador, Schweiz, Deutschland, USA, Iran, Russland, Indien, China angehören. Zum High Level Advisory Board gehören Martti Ahtisaari (Ex-Präsident von Finnland), Sadiq Al-Mahdi (Ex-Premierminister des Sudan), Kim Campbell (Präsident der Int. Crisis Group, Ex-Außenminister von Australien) und andere führende Diplomaten. Im Dezember 2007 beschloss die Task Force die Erklärung „Making Conflict Prevention Real“. (www.ewipriventivediplomacy.org) Geplant ist der Aufbau eines „International Panel“ sowie eines „Parliamentarians Network“ on/for „Conflict Prevention and Human Security“.

(Das EW Institute ist eine NGO mit Zugang zu höchsten Regierungskreisen weltweit und erfährt darin, Dialogprozesse zwischen Regierungen dort zu ermöglichen, wo offizielle Kanäle nicht funktionieren.)

(11) Schlüsselprobleme und notwendige nächste Schritte:

- Statt der sich anbahnenden Schwächung des institutionellen Fundaments der ZKB Wiederbelebung des politischen Willens zur Stärkung der ZKB durch parlamentarische Initiativen im Umfeld des 2. Umsetzungsberichts. (Frühsommer 2008)
- Konzeptionelle Klärung: Entwicklung einer integrierten Friedens- und Sicherheitsstrategie mit dem Primat der zivilen Krisen- und Gewaltvorbeugung. Bisher stehen Aktionsplan Krisenprävention und sicherheitspolitisches Weißbuch ungeklärt nebeneinander. Im Aktionsplan muss über den Umsetzungsbericht die bisher vernachlässigte Menschenrechtsperspektive deutlich verankert werden. Neben der zzt. dominierenden Friedenskonsolidierung muss die Primärprävention wieder mehr Beachtung finden.
- Effektive Krisenprävention braucht kohärente politische Führung, entsprechende ressortübergreifende Strukturen und Kapazitäten. Das fängt an bei einem Informationsnetzwerk, das benutzerorientiert, inklusiv und integrierend sein muss. Erwägenswert sind ressortübergreifende, integrierte Task Groups zu komplexen Konfliktregionen wie Afghanistan, Sudan und Umfeld. Der Ressortkreis Krisenprävention braucht Steuerungskompetenz und Zugang zur höchsten politischen Ebene, eine ausreichende Personalausstattung und eigene Haushaltsmittel. Hier kann von Großbritannien, Kanada u.a. gelernt werden. Ein Ressourcenpool mit dem Zwang zu gemeinsamer Mittelverwendung kann einen heilsamen Druck für mehr Kohärenz entfalten. (Dem steht nicht das Haushaltsrecht, sondern nur der fehlende politische Wille entgegen.)
- Die Infrastruktur ZKB muss finanziell und personell deutlich verstärkt werden. Notwendig ist nicht nur eine verbesserte Verfügbarkeit von zivilem Fachpersonal, sondern auch ein Potenzial „stehender Kräfte“. Ohne diese sind weder der notwendige Austausch mit anderen Akteuren noch schnelle Reaktionen möglich. Das gilt insbesondere auch für die zivilgesellschaftlichen Akteure, die in der Friedensarbeit schon immer viel weniger Eigenmittel aus Beiträgen und Spenden zur Verfügung haben als Menschenrechts-, Hilfs- oder Umweltorganisationen. Der ZFD muss in wenigen Jahren auf 500 Friedensfachkräfte in Krisenregionen aufwachsen.
- Umfassende Mandate: Angesichts des notorischen Rückstandes von zivilen gegenüber militärischen Fähigkeiten bei deutschen Beteiligungen an multilateralen Krisenengagements sollten die zivilen Fähigkeiten bei Mandatsentschei-

dungen zu Auslandseinsätzen mit beschlossen werden. Anders ist die Schräglage offenbar nicht zu knacken.

- Kooperations- und Kohärenzförderung: Zu klären ist das Verhältnis zwischen zivilen und militärischen Akteuren, von divergierenden und übereinstimmenden Zielen, von unterschiedlichen Organisationskulturen. Durch Vernetzungen der Ausbildung kann mittelfristig wenigstens „von unten“ ein Ressortdenken reduziert werden, das von oben unantastbar zu sein scheint.
- Entwicklung einer Kommunikationsstrategie und Aufbau entsprechender Kapazitäten, um die strukturellen Hindernisse einer Friedensberichterstattung zu überwinden.
- Definition von Zivilen Planzielen 2010 für Schlüsselfähigkeiten der ZKB (z.B. für gesellschaftliches Peacebuilding/ZFD, Sicherheitssektorreform, Demilitarisierung/Demobilisierung und Reintegration) orientiert am Bedarf + in Abstimmung mit den Planzielen der EU. Hier ist der Ehrgeiz eines Aufholprogramms angesagt.
- Neben Risiko- und Bedrohungsanalysen müssen gleichwertig Chancenanalysen treten: Um Frieden wirksam fördern zu können, müssen Friedensakteure, -potenziale und -prozesse identifiziert werden.
- Über die vorherrschende Friedenskonsolidierung darf die Primärprävention nicht vernachlässigt werden. Damit early warning nicht immer wieder als Rufen in der Wüste endet, sind early-action-Mechanismen zu entwickeln.

Zusammengefasst: Zivile Krisenprävention/Friedensförderung braucht einen neuen Schub! Hier ist jetzt vor allem das Parlament in der Pflicht. Der Bedarf ist dringender denn je!

Wichtige neuere Studien:

- Zivile Friedensförderung als Tätigkeitsfeld der Außenpolitik - eine vergleichende Studie zu Deutschland, Kanada, Norwegen, Schweden und der Schweiz des Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, November 2006 (www.css.ethz.ch/publications/ZAPS_WEBversion.pdf)
- Christoph Weller (Hrsg.): Zivile Konfliktbearbeitung – Aktuelle Forschungsergebnisse, INEF-Report 85/2007 in Kooperation mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (www.inef.de)
- Institut für Auslandsbeziehungen/ifa (Hrg.): Frieden und Zivilgesellschaft – fünf Jahre Förderprogramm Zivile Konfliktbearbeitung, Stuttgart 2006 (Wochenschau-Verlag)
- J. Dobbins u.a.: The Beginner's Guide to Nation-Building, Rand National Security Research Division 2007 (eine „Doktrin zur Durchführung effektiver Nationbuilding-Operationen“ auf der Basis der Auswertung solcher Operationen der USA, Europas, der UN und anderer Staaten und Organisationen in den letzten 60 Jahren; www.rand.org/pubs/monographs/2007/RAND_MG557.pdf)
- Ulrich Schneckener: Internationales Statebuilding – Dilemmata, Strategien und Anforderungen an die deutsche Politik, SWP-Studie Mai 2007

- Abschlussbericht „Partner in Konfliktprävention und Krisenmanagement: Zusammenarbeit von EU und NRO`s“, hrg. Vom AA, EPLO, Crisis Management Initiative, Bertelsmann-Stiftung, August 2007
- Reinhardt Rummel: Die zivile Komponente der ESVP. Reichhaltiges Gestaltungspotenzial für europäische Krisenintervention, SWP-Studie, Berlin Juli 2006
- EPLO: Five years after Göteborg: the EU and its conflict prevention potential – Conflict Prevention Partnership Report, Brüssel 2006
- Jana Arloth, Frauke Seidensticker: The ESDP Crisis Management Operations of the European Union and Human Rights,, Dt. Institut für Menschenrechte, Berlin 2007
- Peace and Conflict Assessment (PCA) – ein methodischer Rahmen zur konflikt- und friedensbezogenen Ausrichtung von EZ-Maßnahmen, gtz Sektorvorhaben Krisenprävention & Konfliktbearbeitung, Eschborn 2007
- EastWest Institute: International Task Force on Preventive Diplomacy: an Innovative and Timely Multi-Year-Project. Key Policy Documents, Project Framework, Membership, Brüssel 2008 (Broschüre)

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Anmerkung zu einer Zwischenbilanz

Winfried Nachtwei MdB

Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik

1. Keine offizielle Bilanzierung

Militärische Auslandseinsätze sind die besonders auffällige, teure, riskante und ggfs. tückische Komponente von internationalen Krisenengagements, deren andere Anteile - diplomatische, humanitäre, polizeiliche, entwicklungspolitische – in der Regel viel weniger Aufmerksamkeit finden.

Bis heute hat die Bundesregierung keine systematische Bilanzierung der deutschen Beteiligungen an multinationalen Kriseneinsätzen vorgelegt. Zuletzt wäre eine Bilanzierung der Auslandseinsätze der Bundeswehr im Zusammenhang des sicherheitspolitischen Weißbuchs der Bundesregierung von 2006 möglich und nötig gewesen.

Evaluierungen von Auslandseinsätzen finden laufend bundeswehrintern, aber nichtöffentlich statt.

Wegen fehlender Wirksamkeitskriterien bleiben Wirksamkeitsbewertungen eher auf der Ebene politischer Einschätzungen.

2. Politische Krise der Auslandseinsätze

Auslandseinsätze stecken in Deutschland inzwischen in einer Akzeptanz- und Wirksamkeitskrise. Seit 2003 wächst die Ernüchterung im Hinblick auf Dauer, Wirksamkeit und Perspektiven von Auslandseinsätzen. Stationen des wachsenden Zweifels waren die EU-Mission Artemis in Nordost-Kongo 2003, der Irakkrieg, die Märzunruhen im Kosovo 2004, der Streit um die Einsätze im Kongo und vor dem Libanon 2006 und die krisenhafte Zuspitzung in Afghanistan seit 2006. Am Afghanistaneinsatz scheiden sich inzwischen die Geister – nicht nur – in Deutschland wie bei keinem anderen Einsatz zuvor: Während Umfragemehrheiten inzwischen für Abzug votieren, werden zugleich Stimmen immer lauter, die die Bundeswehr „endlich“ im Kampf sehen wollen. Unter Soldaten wachsen Zweifel, wenn Fortschritte in der Einsatzregion nicht erkennbar sind und wenn ihre Angehörigen zuhause immer weniger Rückhalt erfahren. Auch im Bundestag steigt der Pegel der Zweifel und Verunsicherung.

3. Übersicht: breites Spektrum an Einsätzen

Art und Umfang der heutigen Auslandseinsätze sind erheblich anders, als vor zehn Jahren erwartet: die geographische Ausweitung + zeitliche Dauer; das breite Spektrum an Beteiligungen (von über 140 humanitären und Hilfeinsätzen seit 1960, von unbewaffneten Militärbeobachtern, Stabspersonal, Transportkapazitäten über Marineschiffe bis zu umfassenden Kontingenten) und Aufträgen (überwiegendst Stabilisierung); Kosovo 1999 und Afghanistan/Operation Enduring Freedom (OEF/KSK) waren die einzigen ausdrücklichen Kampfaufträge. Der Kosovo-Luftkrieg war der einzige explizite Kampfeinsatz. Bis auf Kosovo/1999 waren alle Einsätze durch den

UN-Sicherheitsrat legalisiert. Mehr als 6 Jahre nach dem 11. September ist die Legitimierung der Operation Enduring Freedom mit dem „Selbstverteidigungsrecht“ aber nicht mehr tragfähig. Nach dem Sündenfall Kosovo bewies Deutschland immer besondere UN-Treue. Die Einsätze waren immer multinational und multidimensional, d.h. mit militärischen und zivilen Komponenten. Die Beteiligung an UN-geführten Friedensmissionen war bisher marginal (39. Stelle im August 2006), nahm mit UNIFIL deutlich zu (23. Stelle März 2007).

Bis auf die zwei Kriegseinsätze von 1999 und Anfang 2002 trug die große Masse der Bundeswehr-Auslandseinsätze direkt zur Kriegseindämmung und -verhütung bei. Mit ihrem Auftrag, ihrer UN-Einbindung, ihrer Multinationalität und ihrer Einsatzrealität standen und stehen diese im diametralen Gegensatz zum Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die europäischen Nachbarn.

Die Rolle von Militär in der operativen deutschen Außenpolitik hat nach Ende des Ost-West-Konfliktes erheblich zugenommen. Umstritten ist, ob das als eine „Militarisierung der Außenpolitik“ zu bewerten ist. Das wäre es, wenn ein Vorrang des Militärischen herrschen und wenn „Militär als Konfliktlöser“ gelten würde. Davon kann in der bundesdeutschen Politik trotz aller sicherheitspolitischen Ungeklärtheiten bisher keine Rede sein.

4. Wesentliche Erfahrungen

4.1 Diskussions- und Entscheidungsprozesse

Die deutsche Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen gilt als mit die weitestgehende weltweit.

Mandatsentscheidungen wurden und werden im Bundestag sorgfältiger diskutiert, als es nach außen den Anschein hat. Neue Einsätze waren aber meistens eher ad-hoc-Entscheidungen und wurden z.T. mit moralischem overkill (Kosovo) durchgesetzt. In jüngster Zeit spielten innen- und bündnispolitische Erwägungen eine zunehmende Rolle (exemplarisch: Tornado- und OEF-Entscheidung). Die Legitimationsfrage rangierte lange Zeit weit vor der Wirksamkeitsfrage. Inzwischen steht der Wirksamkeitsdiskurs vor dem Rechtfertigungsdiskurs. Ein strategischer Rahmen war bei den bisherigen Einsatzentscheidungen kaum erkennbar. Das förderte den Eindruck, deutsche Politik sei oft eher Getriebene als Agierende.

Seit 1995 erfahre ich die Debatten in der grünen Fraktion zu solchen Mandatsentscheidungen als ganz besonders gewissenhaft und verantwortlich.

In der Öffentlichkeit ist die Militärfixiertheit in der Wahrnehmung und Diskussion deutscher und grüner Außen- und Sicherheitspolitik auffällig. Der breite und komplexe Alltag der zivilen Außenpolitik und friedenspolitischen Bemühungen wird kaum bis gar nicht wahrgenommen. Das Interesse wächst sprunghaft, wenn es dabei um deutsche Soldaten geht.

4.2 Zeitdimension

In der Regel dauern Einsätze viel länger als ursprünglich erwartet. Das überraschte nur die Politik und Öffentlichkeit, nicht die UN-Fachwelt. Je später internationale Krisenbewältigung erfolgt, desto schwieriger und langwieriger wird sie (Negativbeispiele Ruanda, Bosnien + Kosovo, Positivbeispiel Mazedonien 2001). Außer bei Rettungseinsätzen, Geiselnbefreiung ist ein interventionistisches „schnell rein,

schnell raus“ eine Illusion. Zugleich besteht ein erheblicher Zeit- und Handlungsdruck, kann sich multinationale Krisenbewältigung nicht so viel Zeit nehmen wie Innenpolitik mit ihren „langen Bänken“. Die ersten Monate und Jahre eines Stabilisierungsprozesses sowie bestimmte Zeitfenster können ausschlaggebend für Erfolg oder Misserfolg eines Einsatzes sein. Afghanistan ist das akute Beispiel, wie erst Jahre z.T. vertan wurden (zögerliche ISAF-Ausweitung) und wie jetzt das Zeitfenster schmaler wird, um den Negativtrend noch drehen zu können.

4.3 Wirksamkeit

(a) Grundsätzlich: Die Begriffe „Friedenseinsätze“, „Friedenschaffung/-erzwingung“ etc. wecken falsche Erwartungen. Militärische Auslandseinsätze können grundsätzlich keinen Frieden schaffen, sondern im besten Fall Friedensprozesse ermöglichen und unterstützen. Friedenseinsätze können „Zeit kaufen“ für politische Lösungen. Das ist Militärs viel mehr bewusst als breiten Teilen von Politik und Öffentlichkeit. Deshalb ist Vorsicht geboten vor überhöhten und damit überfordernden Erwartungen.

(b) Stabilisierungseinsätze sind erfolgreich und können unverzichtbar sein bei der Eindämmung grösserer Gewaltkonflikte, bei der Absicherung von Waffenstillständen und Friedensverträgen, bei Demilitarisierung und Sicherheitsförderung. Insofern schützen und retten sie viele Menschenleben – ein unsichtbarer Erfolg. Voraussetzung ist die ausreichende Mandatierung solcher Einsätze (in der Regel „robust“ nach Kapitel VII UN-Charta) und angemessene personelle und materielle Ausstattung. Die große Masse der Bundeswehreinätze soll zu einem sichereren Umfeld und zur Stabilisierung beitragen. Die meisten Beobachter stimmen darin überein, dass die Bundeswehr diese Aufgabe insgesamt professionell, ausgesprochen gewaltarm und erfolgreich meistert. Das spiegelt sich in dem durchweg guten Ansehen wider, das Bundeswehr bei der Bevölkerung in den Einsatzgebieten und auch bei Verbündeten genießt.

Beispiele für erfolgreiche und abgeschlossene Einsätze sind: Mazedonien ab 2001, Nordost-Kongo Artemis 2003, Kongo Eufor 2006, Aceh (zivile ESVP-Mission) 2006. In Bosnien + Herzegowina ist EUFOR inzwischen auf eine Restgröße reduziert. Im Kosovo ist nach der Unabhängigkeitserklärung der Erfolg noch keineswegs sicher.

(Zur Gesamtwirkung auf das weltweite Konfliktgeschehen, zum Rückgang von Gewaltkonflikten und Opfern im Einsatzgebiet von VN-Missionen vgl. „Human Security Brief 2006“ des Human Security Centre, University of British Columbia, Canada)

(c) Zwangs- und Kriegseinsätze: Hier sind der Bundeswehr bis auf Kosovo 1999 eigene Erfahrungen weitgehend erspart geblieben. Der Kosovo-Luftkrieg war bezüglich Begründung und Wirkung strittig, wurde öffentlich nicht ausgewertet und erfuhr nachträglich eine deutliche Delegitimierung. Die Teilnahme an der Operation Enduring Freedom in Afghanistan war wegen Geheimhaltung und Nichtunterrichtung über die Gesamtoperation bisher nur aus nichtoffiziellen Quellen beurteilbar. Das wird sich mit der Vorlage des Berichts des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuss (zu Murnat Kurnaz und dem KSK-Einsatz in Afghanistan in 2002) im zweiten Quartal 2008 ändern. Bisher lässt sich aber feststellen: Art und Weise des Auftretens und der Operationsführung von OEF trugen mehr zur Hass- und Gewaltspirale als zu einer wirksamen Eindämmung von Terrorismus bei.

Mit dem ISAF-Einsatz in Süd-Afghanistan ist die NATO erstmalig mit der Operationsform Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) konfrontiert. Hierzu hält sich

die Bundesregierung bisher völlig bedeckt. Wo wie bei einem Teil der Verbündeten die „Gegnerbekämpfung“ im Mittelpunkt steht, ist nach aller Erfahrung das Scheitern vorprogrammiert. Aussichtsreich ist Aufstandseindämmung nur dort, wo die Bevölkerung (ihre Sicherheit, ihre Zukunftsperspektive, ihre Unterstützung) im Mittelpunkt steht.

Irakkrieg und „Global War against Terrorism“ stehen exemplarisch für eine nie da gewesene militärische „Effizienz“ + Überlegenheit auf operativer und taktischer Ebene, die – wenn sie mit der Ideologie militärischer Konfliktlösung und politischer Hybris einhergeht – zum regelrechten Brandstifter bzw. -beschleuniger wird und in strategische Sackgassen und Niederlagen führt. (vgl. Irak und Somalia aktuell) Vor diesem Hintergrund ist es angebracht, Fehlverhalten und kontraproduktive Politik in den Reihen der „Staatsgemeinschaft“ und des Westens als eigenständige Gruppe von Risiken und Gefährdungen wahrzunehmen.

Die Gesamtbilanz von Einsätzen kriegerischer Militärgewalt ist eindeutig negativ.

4.4 Besonderheiten

(a) Aktion ist Kommunikation: Enormer Stellenwert der öffentlichen Wahrnehmung und Kommunikation (lokal bis global) für den Erfolg oder Misserfolg von Auslandseinsätzen, die immer mehr „unter den Menschen“ stattfinden. Das WIE eines Einsatzes wird immer wichtiger. Die mediale Globalisierung verkompliziert und beschleunigt die Dynamik von Risiken und Bedrohungen. Eine „dreckige Mücke“ eines Zwischenfalls bzw. Fehlverhaltens irgendwo kann eine Elefantenherde in Gang setzen, die um den ganzen Globus trampelt. Die Glaubwürdigkeit und Legitimität „am Boden“ (bei der Bevölkerung einer Krisenregion) ist der Dreh- und Angelpunkt jedes Stabilisierungseinsatzes.

Hinzu kommen als weitere Dimensionen von Glaubwürdigkeit/Legitimation die Ebenen der Verbündeten untereinander, der militärischen Führungen gegenüber ihren Soldaten, der Regierungen gegenüber ihren Gesellschaften.

(b) Enorm ausgeweitetes Anforderungsspektrum: Soldaten im Stabilisierungseinsatz müssen schon von einfacheren Dienstgraden an verschiedenste Fähigkeiten bringen – und binnen Sekunden „umschalten“ können: Offenheit, Freundlichkeit, interkulturelle und kommunikative Kompetenz gegenüber der Bevölkerung, Handeln nach dem Verhältnismäßigkeitsprinzip, ständige Wachsamkeit bis zu militärischer Kampffähigkeit, also ggfs. Tötungsbereitschaft. Sensibilität für das eigene Auftreten in einem fremden Kulturkreis wird mindestens so wichtig wie der sachgemäße Umgang mit der eigenen Waffe.

(c) Begrenzungen von Einsatzfähigkeit durch technische, personelle und soziale „Nadelöhre“ (zzt. Transport, Sanitätswesen, Führungsfähigkeiten) , ausreichende Heimatstehezeiten für Soldaten, die weder Söldner noch Mönche sind und sein sollen.

4.5. Defizite + Schwächen

(a) Konzeptionelle/strategische Inkohärenz/Widersprüche und Interoperabilitätshindernisse zwischen wesentlichen Truppenstellern und wesentlichen Akteuren, Kommunikations- und Kooperationsdefizite. „Musterbeispiele“ sind schon im Rahmen der „Wertegemeinschaft NATO“ der „Global War against Terrorism“, an dem sich die Geister der Verbündeten scheiden, der unterschiedliche Umgang mit dem

humanitären Völkerrecht, die mangelhafte Kooperation NATO-EU in Afghanistan, die gegensätzlichen Antidrogenstrategien. Diese Widersprüche treten in der Regel „am Boden“ auf. Auf den höheren Politikebenen werden die Widersprüche meist mit den üblichen sprachlichen Weichzeichnern übertüncht.

(b) Kluft zwischen militärischer Friedenssicherung und politischer Konfliktlösung/Friedenskonsolidierung (State- und Peacebuilding): Sie besteht strukturell wegen unterschiedlicher Funktionsweise und Wirkmacht (Verzicht auf „große Gewalt“ kann erzwungen werden, politische Konfliktlösung nicht), wegen unterschiedlicher Verfügbarkeiten, Zahl und Kooperationsbereitschaft von Akteuren. Die Diskrepanz zwischen militärischen und zivilen Kräften wird vertieft durch unterschiedliche Personal- und Ressourcenausstattung, separate und unterschiedliche Planungs- und Entscheidungsprozesse und das mangelnde Verständnis für notwendige Fähigkeiten + Kapazitäten auf der politisch-zivilen Seite. Das erschwert und verzögert den Übergang von Stabilisierungseinsätzen in selbsttragende Stabilisierungsprozesse. Größte Schwierigkeit macht immer wieder der Übergang zur local ownership. (vgl. Christoph Weller: „Aktionsplan Zivile Krisenprävention der Bundesregierung – Jetzt ist dynamische Umsetzung gefordert. Eine Zwischenbilanz nach drei Jahren“, Institut für Entwicklung und Frieden/INEF 2/2007)

(c) Politische Risiken: Instrumentalisierung von Auslandseinsätzen für andere politische Zwecke (z.B. Kompensation für die Nichtbeteiligung am Irakkrieg, Symbolik). Risiko des Politikersatzes, wenn Auslandseinsätze nicht in energische politische Stabilisierung/Konfliktlösung eingebettet sind und die diplomatisch-polizeilich-zivilen Fähigkeiten hinter den militärischen zurückbleiben: Dann sind Einsatzausweitungen, Endloseinsätze bzw. ein Umkippen in eine Besatzerrolle vorprogrammiert. (Rutschbahnrisiko)

(d) Internationale Peacekeeping- und Nation-/Statebuilding-Erfahrungen finden zu wenig Beachtung. Überhöhte Erwartungen und Machbarkeitsillusionen führen zwangsläufig zu Enttäuschungen + Interessensverlust. Angesichts der Dominanz der militärischen Komponente in der öffentlichen Wahrnehmung und der ihr oft unterstellten Konfliktlösungskompetenz landet bei ihr dann im Problemfall auch am ehesten der „Schwarze Peter“. (vgl. die RAND-Studie „The Beginner’s Guide to Nation Building“ von James Dobbins u.a., Santa Monica 2007:: Sie bilanziert die Felder Militär, Polizei, Rule of Law, Humanitäre Hilfe, Regierungsführung, ökonomische Stabilisierung, Demokratisierung, Entwicklung und die Kosten des Nation-Building; Ulrich Schneckener: Internationales Statebuilding – Dilemmata, Strategien und Anforderungen an die deutsche Politik, SWP-Studie Mai 2007; Jochen Hippler: Thesen zu Post-Conflict Peacebuilding und militärischer Intervention, in: Grundprobleme der Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidierung, Deutsche Stiftung Friedensforschung, Arbeitspapier Nr. 3, Osnabrück 2007)

5. Wahrscheinlicher Bedarf an Auslandseinsätzen

5.1 Grundsätzlich gilt, dass mit dem wachsenden Angebot an interventionsfähigen Kräften auch die potenzielle „Nachfrage“ steigt und über die Integration in NATO-Response Force, EU-Battle-Groups und Arbeitsteilungen im Bündnis der Beteiligungsdruck. Um solchen Einsatzdruck unter Kontrolle zu halten, ist die eigene friedens- und sicherheitspolitische Verortung in Gestalt einer Sicherheitsstrategie (s.u.) von eminenter Bedeutung.

5.2 Von den üblicherweise genannten Risiken und Bedrohungen sind meiner Meinung nach am ehesten militärrelevant die Risiken aus zerfallenen und fragilen,

versagenden Staaten und Post-Conflict-Situationen, „complex emergencies“ regionaler Flächenbrände (z.B. West- und Zentralafrika), die zu Brut- und Exportstätten für Menschen-, Waffen-, Drogenhandel, für Organisierte Kriminalität, von Gewaltexport und Terrorismus, Flüchtlingsströme werden. Kofi Annan in seinem Bericht „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“ (2005): „In den vergangenen 15 Jahren wurden mehr Bürgerkriege durch Vermittlung beendet als in den zwei Jahrhunderten zuvor, was hauptsächlich darauf zurückzuführen war, dass die VN die Führung übernahmen, Möglichkeiten für Verhandlungen boten (...)“. Aber: „Etwa die Hälfte aller Länder, die gerade Krieg überwunden haben, gleiten binnen fünf Jahren wieder in die Gewalt ab.“

Daraus resultieren Stabilisierungseinsätze als Primäraufgabe von Streitkräften im Kontext eines extern gestützten State-, Institution- & PeaceBuilding und Rahmen kollektiver Sicherheit. Hierbei hat die Unterstützung von DDR-Prozessen (Remilitarisierung, Demobilisierung + Reintegration), von Sicherheitssektorreform, haben qualifizierte Ausbildungshilfen einen besonders hohen Stellenwert.

(vgl. *Bedarfsentwicklung auf VN-Ebene, Initial Long-Term Vision for European Defence Capability and Capacity Needs*, 3. Oktober 2006)

5.3 Zur Terroreindämmung kann demgegenüber Militär eher indirekt (Stabilisierung) als direkt beitragen. Die Überbetonung der direkten militärischen Terrorbekämpfung hat sich mit dem expliziten „Krieg gegen den Terror“ als verheerender Irrweg erwiesen.

5.4 Kriegerische Zwangseinsätze sind auch im Rahmen des VN-Systems nicht auszuschließen, sind aber nach aller Erfahrung äußerst tückisches und problematisches Mittel und als „großes Übel“ durch rechtzeitige Krisenprävention wenn eben möglich zu vermeiden. In demokratischen „postheroischen“ Gesellschaften ist eine primäre Prämisse, eigene Opfer zu vermeiden. Das fördert bei „Erzwingungseinsätzen“ eine Distanz- und Luftkriegführung, die in asymmetrischen Konflikten wenig durchsetzungsfähig ist, aber durch sichtbare zivile Opfer dabei schnell die eigene Legitimität und politische Durchhaltefähigkeit untergräbt. (vgl. aktuell in Afghanistan)

5.5 UN-geführte Einsätze brauchen eine stärkere Beteiligung durch EU-, NATO-Staaten gerade im Unterstützungsbereich. Steigender Bedarf an Kleinsinsätzen und schnellen „Überbrückungseinsätzen“. Eine notwendige Voraussetzung dafür ist die Stärkung des UN-Department for Peacekeeping Operations in New York, das mit relativ wenigem Personal (ca. 650) zzt. weltweit 18 Friedensoperationen mit 93.600 Personen, davon 77.000 Uniformierten (7.900 Polizisten, 2.700 Militärbeobachter) und 16.000 Zivilisten aus 110 Ländern führt und zur Stabilisierung eines Raumes von mehr als 200 Mio. Einwohnern beiträgt.

5.6 Zunahme und Verschärfung von Naturkatastrophen: vermehrter Bedarf an schneller militärischer Katastrophenhilfe (Lufttransport etc.). Mit dem Klimawandel können sich Streitkräfteaufgaben in den nächsten Jahrzehnten grundlegend verschieben: Wenn die Politik bei der Begrenzung des Klimawandels und der gerechten Gestaltung seiner Folgen versagt, ist eine enorme Eskalation von Gewaltkonflikten vorprogrammiert. (vgl. die Studie „*The Global Strategic Trends Programme 2007-2036*“ aus dem britischen Verteidigungsministerium, Januar 2007)

6. Offene Fragen, Klärungsbedarf + Konsequenzen:

6.1 Eine systematische, unabhängige + öffentliche Zwischenbilanzierung der Auslandseinsätze im Rahmen multilateraler Krisenbewältigung wird immer notwendiger - trotz aller Schwierigkeit, bei multinationalen und multidimensionalen Einsätzen nationale Einzelbeiträge zu bewerten. Für eine fundierte und unabhängige Evaluierung sind konkrete Wirksamkeitskriterien zu entwickeln.

6.2 Friedensethische und völkerrechtliche Klärung: Dass „Krieg eine Geißel der Menschheit“ (UN-Charta) ist und deshalb als Institution überwunden werden muss, ist der oberste kategorische Imperativ. Dieser spiegelt sich im ausdrücklichen Friedensauftrag des Grundgesetzes wider: Erster Satz der Präambel: „(...) als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“; Art. 24: „(...) zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen“; Art. 26 Verbot der Friedensstörung und des Angriffskrieges. Militäreinsätze sind jenseits der Landes- und Bündnisverteidigung ausschließlich zulässig zur Gewalt- und Kriegsverhütung/-eindämmung und internationalen Rechtsdurchsetzung im Dienste kollektiver Sicherheit im Rahmen des UN-Systems. In diesem Sinne müsste das Grundgesetz endlich präzisiert und UN-kompatibel gemacht werden. Damit wird der Tradition „Krieg als Mittel der Politik“ und Interventionen für partikulare Machtinteressen eine klare Absage erteilt. Verfehlt und gefährlich ist demgegenüber ein entgrenzter Verteidigungsbegriff, wie er schon in den 2003 von Minister Struck erlassenen Verteidigungspolitischen Richtlinien formuliert wurde und in dem Satz gipfelte, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt. Der nächste Schritt ist dann die militärische „Verteidigung“ der westlichen Rohstoff- und Energieversorgung. Das alles hat eine Chaotisierung des Völkerrechts zur Folge.

Nicht weiter verdrängt werden darf das regelrechte Tabu der fundamentalen Dissense unter Verbündeten, die sich vor allem unter der Bush-Administration verschärften. Solche Dissense behindern effektiven Multilateralismus, Kohärenz und Interoperabilität von Streitkräften.

6.3 Eine integrative deutsche Sicherheitsstrategie mit dem Primat ziviler Anstrengungen ist überfällig (vgl. „*Plädoyer für eine integrative deutsche Sicherheitsstrategie*“, Diskussionspapier von Peter Croll/BICC, Tobias Debiel/INEF und Stefan Klingebiel/DIE, April 2007, www.bicc.de); Klärung deutscher im Kontext kollektiver europäischer und globaler Sicherheitsinteressen; Verständigung über eine Risiko- und Bedrohungsanalyse (bisher unterschiedliche Akzentuierungen auf nationaler, EU und UN-Ebene), die durch eine Chancenanalyse ergänzt werden muss; denn Gewaltverhütung und Friedensförderung bedingen einander. Was das Weißbuch offen ließ, muss endlich beantwortet werden: Gegenüber welchen Risiken und Bedrohungen können militärische Mittel bzw. politische, polizeiliche etc. Mittel viel, etwas, gar nichts ausrichten? Dass Terrorismus „nicht nur“, aber auch „nicht ohne“ Militär bekämpft werden kann, trifft zu, ist aber inzwischen eine Leerformel.

In den Kontext einer integrativen Sicherheitsstrategie gehören realitätsnähere State- und Peacebuilding-Konzepte, die sich bei konkreten Einsätzen in überprüfbaren Zwischenziele (z.B. zu Sicherheitssektor, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Demobilisierung etc.) und Exit-Kriterien niederschlagen müssen.

6.4 Notwendig sind fähigkeitsgemeinsame und ressortübergreifende Ansätze auf nationaler, EU-/NATO- und UN-Ebene: Einsätze und Engagements der Krisenverhütung, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung müssen von Anfang an ressortgemeinsam und unter Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure angegangen und geplant werden. Der bisherige strukturelle Startvorteil der militärischen Säule (schnelle Ver-

füßbarkeit) muss auf diplomatischer, ziviler, polizeilicher Seite zügig ausgeglichen werden. Die bisherigen Diskrepanzen in Planung und Fähigkeiten sind nur durch eine Transformation der außen- und sicherheitspolitischen Strukturen zu überwinden. Nach aller Erfahrung mit traditionellem Ressortdenken und einzelnen guten ressortübergreifenden Ansätzen (BAKS, ZIF, VN-Ausbildungszentrum Bundeswehr, Aktionsplan und Ressortkreis) braucht es dafür eine große Initiative von Bundestag und Kanzleramt zugleich. Das alles muss einhergehen mit der Einrichtung eines Ressourcenpools, mit der Aufstellung ziviler und polizeilicher *Headline Goals* (vgl. Zivile Planziele 2010 der EU), mit der finanziellen und personellen Stärkung vor allem des Einzelplan 05/Auswärtiges Amt und des Aktionsplans Zivile Krisenprävention (vgl. Erster Umsetzungsbericht zum Aktionsplan) sowie mehr Steuerungskompetenz für den Ressortkreis.

Um die seit Jahren viel beschworene zivil-militärische Ausgewogenheit von Krisenengagements zu gewährleisten, sind umfassende Bundestagsmandate unumgänglich, in denen auch die nicht-militärischen Aufgaben, Fähigkeiten und Kapazitäten beschlossen werden.

6.5 Zeitfaktor: Stabilisierungseinsätze brauchen langen Atem, Kontinuität und konstruktive Ungeduld gleichzeitig. Kurze Stehzeiten und ständige personelle Fluktuationen fördern organisierte Vergesslichkeit und Verantwortungslosigkeit und erschweren institutionalisiertes Lernen sowie Beziehungsaufbau, gar Vertrauensbildung zu lokalen Akteuren in einem gesellschaftlichen Umfeld, wo es ganz besonders auf persönliche Beziehungen ankommt. Gerade in Führungs- und Verbindungsfunktionen sind längere Stehzeiten unabdingbar.

6.6 Psychologische + politische Verarbeitung von Einsatzerfahrungen, Bewältigung diametraler Erfahrungswelten (Kriseneinsatz vs. individualisierte zivile „Spaßgesellschaft“, Werteschwund hierzulande vs. traditionelle Werte im Einsatzland) und verschiedener Militärkulturen im multinationalen Einsatz (Auftragstaktik vs. Befehlstaktik, Rolle der Menschenwürde, Staatsbürger in Uniform vs. unbedingter Gehorsam): Auswirkungen auf die Innere Führung und die gesellschaftliche Integration der Streitkräfte.

6.7 Umfassende sicherheitspolitische Debatte und Verständigung (Identifizierung der Hindernissen als erste Voraussetzung: z.B. die *Insidersprache*, der Konsensdruck, das Interesse der Exekutive an Handlungsfreiheit, die verbreitete Verdrängung von Risiken und Bedrohungen), Weißbuch und 1. Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan Krisenprävention waren entscheidende Anlässe, die wenig bis gar nicht genutzt wurden. Da breitere Aufmerksamkeit und Debatte nur über Betroffenheit bzw. Streit zu erreichen sind: Was wären sinnvolle und Wellen schlagende Streitpunkte?

7. Parlamentsbeteiligung

- Vorteile und Nebenfolgen: Die Parlamentsbeteiligung hat sich sehr bewährt zur Herstellung eines breiten Konsenses gegenüber einem außen- und sicherheitspolitischen Instrument, das in Deutschland nicht selbstverständlich ist. Parlamentarische Kontrolle trägt auch zur Effizienzsteigerung bei. Der Parlamentsvorbehalt nur für militärische Auslandseinsätze und die daraus resultierende Häufung von Einsatzdebatten im Bundestag schüren aber zugleich den falschen Eindruck, als bestünde deutsche Außenpolitik fast nur noch aus Militäreinsätzen.

- Friedensmissionen und die Schlüsselthemen Nation Building, Sicherheitssektorreform, zivil-militärische Zusammenarbeit, Drogenbekämpfung werden im Parlament viel zu ressortborniert behandelt. Themenbezogene gemeinsame Sitzungen sind überfällig.

- Eine Reduzierung der Parlamentsbeteiligung bei Schnellen Eingreiftruppen (NATO Response Force, EU Battle Groups) ist sachlich nicht notwendig (Schnellsteinsätze nur notwendig und verantwortbar bei Rettung und Geiselbefreiung, ansonsten als „Einsatz aus der Hüfte“ unverantwortbar) und würde die Parlamentsbeteiligung gerade bei den potenziell härtesten und riskantesten Einsätzen aushebeln.

Nach aller bisherigen Erfahrung dauern die politisch-militärischen Entscheidungsprozesse in New York (UN) und Brüssel (EU, NATO) immer Wochen, wenn nicht Monate. Ein gut informierter Bundestag ist da bisher immer schneller gewesen.

- Die parlamentarische Kontrolle von Spezialeinsätzen, die besonderer Geheimhaltung unterliegen, muss institutionalisiert und um direkte Kontrollrechte erweitert werden. Die bisher unter den Ministern Struck und Jung praktizierte geheime Unterrichtung der Obleute des Verteidigungsausschusses ist auf den Goodwill der Minister angewiesen und setzt einen Vertrauensvorschuss ihnen gegenüber voraus. Abzulehnen ist aber ein „Ausschuss für besondere Auslandseinsätze“, wie er von der FDP in einem Gesetzentwurf zu einem „Auslandseinsatzmitwirkungsgesetz“ im November 2003 vorgeschlagen wurde: Dieser sollte bei geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen an Stelle des Bundestages beschließen können. Das aber würde – die Erfahrungen anderer Länder zeigen das – die Tür zur Teilnahme an Geheimkriegen eröffnen und den Parlamentsvorbehalt an einem entscheidenden Punkt aushebeln.

- Über die regelmäßigen vertraulichen Unterrichtungen der Fachgremien hinaus ist eine kontinuierliche öffentliche Einsatz-Unterrichtung durch die Bundesregierung notwendig, z.B. ein Afghanistan-Report. (vgl. die Quartalsberichte „*Measuring Stability and Security in Iraq*“ der US-Administration an den Kongress gemäß *Department of Defense Appropriations Act 2006, Sec. 9010*) sowie eine unabhängige Evaluierung von Einsätzen. Der sog. „Evaluierungsbericht“ der Bundesregierung zur dt. Beteiligung an der Operation Enduring Freedom vom Januar + Herbst 2007 verharrt auf der Ebene von Maßnahmen-Bericht und ist weit von einer seriösen Evaluierung entfernt.

Vorschläge zur Aufarbeitung des Kosovo-Krieges und der deutschen Beteiligung daran

14.06.2001

Winfried Nachtwei, MdB

Sprecher für Sicherheits- und Abrüstungspolitik

Die Förderung einer friedlichen und demokratischen Entwicklung auf dem Balkan gehört neben der Stärkung der Fähigkeiten zur Krisen- und Gewaltvorbeugung in der deutschen und internationalen Politik zu unseren vordringlichen Aufgaben. Gemessen an diesen hochkomplexen Aufgaben scheinen manche Auseinandersetzungen um den Kosovo-Krieg eigenartig zurückgeblieben, fixiert auf die Informationspolitik der rot-grünen Bundesregierung vor zwei Jahren und auffällig desinteressiert an den Anstrengungen und Herausforderungen heutiger Balkanpolitik.

Die Bündnisgrünen trugen als einzige Partei und geradezu stellvertretend für die Gesellschaft den schmerzhaften Konflikt um die Kriegsbeteiligung offen und ernsthaft aus. Diese demokratische Ehrlichkeit fand damals breite Anerkennung. Wir haben uns als Fraktion - wenn auch nicht mit der gleichen Intensität - so gut wir das angesichts unserer personellen und finanziellen Ressourcen konnten, kritischen Fragen gestellt. Trotzdem: Das reicht nicht. Die erstmalige Kriegsbeteiligung der Bundesrepublik war eine historische Zäsur und ist bis heute heiß umstritten. Die einschneidende Bedeutung der deutschen Kriegsbeteiligung und ihre hochmoralische Begründung machen eine kritische Selbstprüfung im Nachhinein zwingend erforderlich. Wer angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen im Kosovo vor dem Wegsehen warnte, darf auch bei den Hintergründen und Folgen der eigenen mitverantworteten Politik nicht wegsehen. Immer wieder tauchen in der Öffentlichkeit alte und neue Fragen auf, die auch von uns politisch Mitverantwortlichen ernst genommen und beantwortet werden müssen. Gleichzeitig müssen wir als verantwortlich handelnde PolitikerInnen von uns aus ein Interesse an Lehren des Kosovo-Krieges haben. Eine umfassende und (selbst-) kritische Aufarbeitung des Kosovo-Krieges wird deshalb auch für uns immer dringlicher!

Das fordert auch sehr deutlich der neue katholische Militärbischof Walter Mixa in seinem bemerkenswerten Vortrag an der Führungsakademie der Bundeswehr am 7. Mai: *„Wenn die Politik moralische Ansprüche erhebt, muss sie – auch im Nachhinein – bereit sein, die erhobenen Ansprüche einer ethischen Überprüfung unterziehen zu lassen. (...) Gerade (...) als höchster Militärseelsorger (...) muss ich mich dafür einsetzen, nach Möglichkeit zu gewährleisten, dass die handelnden Politiker und militärischen Führer die von uns Bischöfen mit Anspruch auf Verbindlichkeit (zumindest für die Katholiken) genannten Prinzipien und Kriterien zur Bewertung des Geschehenen praktisch anwenden. Eine politisch-moralische Auswertung des Kosovo-Konflikts kann also unmöglich pensionierten Generälen und der PDS überlassen bleiben.“* (www.kmba.de)

(Vor-)Kriegszeiten sind geprägt von besonders unübersichtlichen Informationslagen und der Propaganda aller Konfliktparteien. Der zeitliche Abstand von zwei Jahren und der Zuwachs an Erkenntnissen, ermöglichen eine fundiertere und unabhängigere Urteilsfindung. Wichtige Beiträge dazu sind die zusammenfassenden Berichte der OSZE, der Independent International Commission on Kosovo, des UNHCR u.a.

- (1) Trotz einer Flut von Publikationen wurden viele Fragen bisher nur unzureichend oder gar nicht aufgearbeitet: In Politik und Gesellschaft blieb eine Verdrängungs- oder schlichte Rechtfertigungshaltung vorherrschend. Für Bundestag und Bundesregierung war die aktuelle Situation im Kosovo und der partielle Rückblick ein Dauerthema. Die Kosovo-Debatten fanden meist nur geringe Resonanz und waren für die Öffentlichkeit kaum bemerkbar. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der PDS Ende März leistete zur Bilanzierung des Krieges einen Beitrag. Eine zusammenfassende Analyse und Bilanzierung des Kosovo-Konflikts und insbesondere der NATO-Luftangriffe, ihrer behaupteten Alternativlosigkeit, ihrer Folgen und Wirkungen wurde allerdings bisher nicht erbracht

Weitgehend freie Bahn hatten deshalb Kritiker des damaligen Regierungskurses, die Widersprüche der offiziellen Politik aufgriffen, sich auf Einzelereignisse konzentrierten, erhebliche Zweifel an der Glaubwürdigkeit rot-grüner Spitzenpolitiker schürten und inzwischen zu einer deutlichen Delegitimierung des NATO-Einsatzes gerade in rot-grünen und friedensbewegten Kreisen beitrugen. Inzwischen besteht ein Gemenge zwischen ernsthafter und differenzierender Kritik einerseits und (alt-)neuen Mythen und Verschwörungstheorien andererseits

Zur ersten Enttäuschung über die rot-grüne Kriegsbeteiligung ist nun eine zweite, noch gefährlichere gekommen: das Gefühl, von der „eigenen“ Regierung betrogen worden zu sein. Der Eindruck, eine umfassende Aufarbeitung werde verweigert, vertieft einen Vertrauenseinbruch, der weit in die Anhängerschaft von SPD und Grünen und kirchliche Friedenskreise, aber auch von Bundeswehrangehörigen reicht. Unterschriftensammlungen für eine parlamentarische bzw. unabhängige Untersuchung der deutschen Kriegsbeteiligung, wie sie von der FI Nottuln und dem ForumZFD betrieben werden, finden breiten Zuspruch. Wahrnehmungen, wonach Gegner der Kriegsbeteiligung für uns nicht mehr erreichbar seien und gegen Rot-Grün eine Kampagne laufe, greifen wegen ihrer Pauschalität zu kurz

(2) **Anforderungen:**

Die Fülle an Veröffentlichungen und „Enthüllungen“ lässt für viele den Kosovo-Konflikt immer unübersichtlicher erscheinen. Bewertungen stehen sich vielfach diametral und verhärtet gegenüber. Eine Kommunikation zwischen den Positionen findet kaum statt, die Diskurse sind auseinandergefallen. Veranstaltungen nach den provokativen Anstößen des WDR-Films und des Lutz-Mutz-Briefes zeigen aber auch, dass Foren der Aufarbeitung möglich sind und teilweise auf großes Interesse stoßen.

Soll die Aufarbeitung nicht in Rechthaberei und der Neuinszenierung alter Konflikte enden, müssen Gegner wie Befürworter der NATO-Luftangriffe zum Dialog, zu selbstkritischer Reflexion und zum Verzicht auf Vor-Verurteilungen bereit sein. Untauglich zur Wahrheitsfindung sind Tribunale. Notwendig ist ein gesamtgesellschaftlicher Aufarbeitungsprozess, zu dem Bundestag, Bundesregierung und alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte beitragen sollten.

Gefunden werden muss eine Form der Aufarbeitung, die eine rationale und (selbst-)kritische Überprüfung der NATO-Intervention, die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Befürwortern und Gegnern und dadurch Rückgewinnung von

Glaubwürdigkeit ermöglicht. Eine Fortsetzung von Glaubenskriegen und Verratsdebatten ist völlig kontraproduktiv und zu vermeiden.

(3) Wesentliche Fragestellungen

Es gibt eine Vielzahl von Fragestellungen, die im Zusammenhang mit der Diskussion über das militärische Eingreifen im Kosovo-Konflikt erörtert werden müssten. Nicht alle (z. B. Flüchtlingspolitik) sind hier aufgeführt. Andere wurden partiell schon beantwortet. Aus meiner Sicht besonders anzuführen sind:

- ◆ Ursachen der Konflikteskalation und die Rolle und internationale Einschätzung der UCK dabei
- ◆ Bemühungen bzw. Versäumnisse der internationalen und speziell deutschen Kosovo-Politik, verpasste Friedenschancen? Wurden Möglichkeiten der diplomatischen und nichtmilitärischen Konfliktlösung ausgeschöpft - bei der OSZE-Mission, in Rambouillet?
- ◆ Hintergründe der NATO-Intervention und der deutschen Beteiligung: Interpretationsmuster der Kosovo-Krise vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den früheren Balkankriegen, dem Kriegsjahr 1998; drohte wirklich eine „humanitäre Katastrophe“? Stellenwert anderweitiger Interessen
- ◆ Völker- und verfassungsrechtliche Problematik der NATO-Intervention, Konsequenzen für die Weiterentwicklung von Rechtsnormen,
- ◆ Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber Parlament und Öffentlichkeit, Rolle der Medien, Informationspolitik/Propaganda der Kriegsparteien und der Kriegsgegner;
- ◆ Strategie der NATO-Intervention und Methoden der Kriegführung, Scheitern der militärischen Drohpolitik und der Strategie der Luftangriffe; Wirkung und Konsequenzen des Distanz-Luftkrieges und des Vertreibungskrieges; Informationspolitik und Entscheidungsfindung in der NATO;
- ◆ Politische Bilanz: unmittelbare und Langzeitwirkungen
- ◆ Wie wurde und wird die Diskussion um das militärische Eingreifen der NATO im Kosovo-Konflikt im Ausland geführt?
- ◆ Lektionen für eine friedliche Entwicklung der Balkanregion
- ◆ wesentliche sicherheits- und friedenspolitische Lehren für Europa

(4) Geeignete Wege der Aufarbeitung

Öffentlich gefordert und vorgeschlagen wurden bisher ein Untersuchungsausschuss des Bundestages (Unterschriftensammlung aus der Friedensbewegung), eine unabhängige Untersuchungskommission (IPPNW), eine vom Rechtsausschuss des Bundestages eingesetzte Kommission zur Rechtsproblematik und andere öffentliche Veranstaltungen (Lutz/Mutz), eine unabhängige hochrangige Kommission (W.N.), eine Arbeitsgruppe aus Friedensforschung und Politik (Erler/Lutz).

- (a) Am besten wäre, wenn der **Bundestag** als "Auftraggeber" des Militäreinsatzes - z. B. in Form einer Enquete-Kommission - die Aufarbeitung leisten könnte bzw. frühzeitig geleistet hätte. Das gilt umso mehr, als der Funktionsverlust des Parlaments angesichts Schröders „Räterepublik“ unübersehbar ist. Nach der Erfahrungen der letzten zwei Jahre und mit Untersuchungsausschüssen generell, der näher rückenden Wahlkampfzeit und der Sperrigkeit der SPD erscheint dieser beste Weg versperrt. Anzustreben sind nichtsdestoweniger

Beratungen bzw. Anhörungen einzelner Ausschüsse. Für den Verteidigungsausschuss wurde inzwischen eine Bilanzierung vereinbart. Die Bundesregierung sollte interne Berichte (Parlamentsinformation, Berichte der Belgrader Botschaft etc.) der Öffentlichkeit bzw. einer Kommission oder Forschern zugänglich machen.

- (b) Eine **unabhängige und hochrangig besetzte Kommission** - vergleichbar der International Independent Commission on Kosovo - könnte mit entsprechender Zusammensetzung, einem transparenten Beratungsprozess und fundierter Bewertung Glaubwürdigkeit und Autorität entwickeln, die zur Auflockerung von Fronten notwendig ist. Berufen, beauftragt und finanziert werden müsste sie von einem Trägerkreis geeigneter Organisationen und Institutionen bzw. Personen (z.B. Stiftungen, Justitia et Pax, Dt. Stiftung Friedensforschung, Gemeinschaft katholischer Soldaten). Die Bündnisgrünen könnten/sollten hierzu die Initiative ergreifen. Die Kommission müsste die Möglichkeit zur Einsichtnahme in amtliche und vertrauliche Dokumente haben. Zur Förderung des gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesses sollte sie zu ausgewählten Themen öffentliche Anhörungen durchführen. Umsetzungsprobleme sind zu erwarten in der Auftragsdefinition durch den Trägerkreis, beim Zeitbedarf (Beginn des Vorwahlkampfes im Frühjahr 2002), der Finanzierung der Kommissionsarbeit (Sekretariat usw.) und dem Zugang zu vertraulichen Dokumenten von AA, BMVg, NATO, OSZE.
- (c) Eine **Serie von mehreren inhaltlich eng abgegrenzten und abgestimmten Foren**: gut vorbereitet (z. B. durch zugespitzte Thesenpapiere), kontrovers und dialogorientiert mit Beiträgen von politisch Verantwortlichen, Vor-Ort-Beteiligten (MissionsteilnehmerInnen kamen bisher kaum zu Wort!), profilierten Befürwortern und Kritikern und insbesondere von Personen mit abwägender Distanz. Um einer deutschen Nabelschau vorzubeugen, ist eine Beteiligung aus der Region, aus anderen NATO-Staaten und Russland anzustreben. Die Ausstrahlung und Wirksamkeit der Foren ist abhängig von der Zusammensetzung der Veranstalter, den Beitragenden auf den Foren und der Moderation sowie der Art der zusammenfassenden Auswertung. Die Foren könnten Phoenix zur Übertragung angeboten werden. Auf jeden Fall sollten die Veranstaltungen auch schriftlich dokumentiert werden. Initiator könnte die Böll-Stiftung, die Partei und Fraktion (evtl. partiell in Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen, Stiftungen, Organisationen etc.) oder die Grünen im Europaparlament sein. Wo direkte Kooperation nicht möglich ist, ist eine sich ergänzende Arbeitsteilung anzustreben. **Veranstaltungen anderer Institutionen und Organisationen** (Medien, Kirchen) sind ebenfalls sinnvoll und überfällig, müssten aber von diesen selbst betrieben werden.